

Er scheint  
wöchentlich einmal  
in  
Büch (Schweiz).  
Verlag  
der  
Volkshandlung  
Gottlingen, Zürich.  
Hoflieferungen  
Franko gegen franco  
Geldliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

### Abonnements

werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Vertretern  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Bierteljahrespreis von  
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3 — für Deutschland (Grosband)  
Fr. 1.70 für Österreich (Kleband)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Mitteleuropas (Kreuzband).

### Inserate

Die vorerwähnte Zeitstelle  
25 Cts. — 20 Pfg.

1884

№ 21

Donnerstag, 22. Mai

### Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen  
Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns  
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die Zusendung von Briefen im Postverkehr notwendig und  
darf keine Rücksichtnahme bedürftig werden, die Briefmarken über den vollen Abnehmer und Empfänger, sowie den Inhalt  
der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu klären. Hauptforderung ist hierin einerseits, daß unsere Freunde ja keinen

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche  
Person außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß  
auch aus möglichst unerschöpflichen Quellen möglichst viele Mittheilungen zu erhalten sind. In vorerwähnten Fällen empfiehlt sich behufs größerer  
Sicherheit Kommissarbriefe. Soviel es uns liegt, werden wir gewiß weder Mitleid noch Rache nehmen um trotz aller entgegen-  
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Revolutionäre Symptome.

Es hat wieder einmal gekracht, und zwar nicht un-  
bedeutend, in der besten aller denkbaren, der kapitalistischen  
Welt.

Aus Amerika, dem Eldorado aller Bewunderer unserer  
herrlichen Bourgeoisgesellschaft, kommt eine Hiobspost über die  
andere, die Fallimente wollen gar kein Ende nehmen. Es  
sind allerdings vorzugsweise Geld- und Kreditabstufungen,  
allein bei dem engen Zusammenhang dieser mit dem wirtschaft-  
lichen Betriebe überhaupt, ist eine Zurückwirkung auf die allge-  
meinen industriellen Verhältnisse außer Frage. Nicht um das  
Ob kann es sich da handeln, sondern nur um das Wie, oder  
vielmehr den Umfang des Wie. Und wer die Berichte des inter-  
nationalen Produktionsmarktes in der letzten Zeit einigermaßen  
aufmerksam verfolgt hat, der wird nicht umhin können, die Sach-  
lage als sehr bedenklich zu bezeichnen, bedenklich natürlich für den  
Bestand der kapitalistischen Gesellschaft.

„Die Ueberproduktion ist nicht mehr eine periodische, sie ist  
eine chronische (dauernde) Erscheinung geworden“, äußerten  
wir vor einigen Jahren, und zogen aus dieser Thatsache den  
Schluß auf die Möglichkeit eines baldigen Zusammenbruchs der  
kapitalistischen Herrschaft.

Wir sind damit vielfach auf Widerspruch gestossen; aber zeigt  
nicht der thatsächliche Verlauf der Dinge, daß wir nicht zu viel  
gesagt? Was bedeutet z. B. das verzweifelte Geschrei nach Ko-  
lonien, das uns heute überall entgegenläuft, Anderes, als das  
letzte Greifen nach dem Strohalm, der Rettung bringen soll,  
den letzten Versuch, Auswege zu finden aus dem Elend der Ueber-  
produktion, an dem alle Industrielländer laboriren! Aber Kolonien,  
die geeignet wären, Abhilfe zu schaffen: Lauffähige, konsumtions-  
fähige Kolonien stampfen sich nicht aus der Erde; und so  
wenig als die bereits bestehenden, werden die in Aussicht ge-  
nommenen Kolonien am Stand der Dinge etwas ändern, den  
großen allgemeinen Krach verhindern können. Die Hülfe, die sie  
bringen können, ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Krach in Newyork betrifft hauptsächlich Eisenbahnwerke,  
und der Bedarf der neugegründeten amerikanischen Eisenbahnen  
war es bekanntlich gewesen, der vor 5 Jahren den wichtigsten  
Anstoß zur Besserung des internationalen Eisenmarktes gegeben  
hatte. Diese Besserung hat bereits seit einiger Zeit einer  
immer größeren Stockung Platz gemacht; seitdem nun aber das  
Vertrauen in die amerikanischen Eisenbahnen wiederum einen so  
großen Stoß erlitten, seitdem sich gezeigt, wie faul es um die  
finanzielle Situation der meisten derselben steht, wie überladen  
der Markt mit ihnen ist, wird ein weiterer Rückschlag nicht aus-  
bleiben.

Und dieser Rückschlag bedeutet Ausblasen von Hochöfen, Ent-  
lassung von Arbeitern der Hütten, Walz- u. Eisenindustrie —  
eine Unsumme von Noth und Elend, das weiteres Elend nach  
sich zieht.

Schon in den letzten Nummern hatten wir Arbeiterentlassungen  
aus England, Schottland u. s. w. zu melden. Die neueste Nummer  
der „Justice“ bringt wieder eine ganze Reihe von Be-  
richten dieser Art. In der Messerschmiede-Industrie von Sheffield,  
in den Töpfereien von Stoke, in den Kleinmünzen von Shrop-  
shire, in Bradford, in Redcar u. s. w. stößt die Arbeit; die Great  
Northern Eisenbahn-Gesellschaft hat mit einem Schlag 2000  
Angestellte, die Great Eastern Eisenbahn-Gesellschaft deren 1500  
entlassen — aus „Sparmaßregeln“. Die Folgen für den  
Arbeitsmarkt sind leicht zu ermessen.

In Deutschland steht es keineswegs besser. Auch im Rheinland  
sind bereits Entlassungen an der Tagesordnung und weitere  
in Aussicht. Specially vom Eisenmarkt lauten die Berichte schon  
seit längerer Zeit sehr entmutigend. Und wie es in anderen  
Branchen, insbesondere der Textilbranche, aussieht, darüber  
wollen wir eine durchaus unbedenkliche Stimme anführen: die  
offizielle „Leipziger Zeitung“. Das Organ der sächsischen  
Regierung schreibt in Bezug auf die Berichte der sächsischen Fa-  
brikinspektoren, die für die meisten Industriezweige Rückgang, bezw.  
Stillstand anzeigen, u. A. Folgendes:

„Was aber das allgemeine Interesse mit Recht beanspruchen  
darf und als ausschlaggebender Grund des Stillstandes, bezw.  
Rückganges bei einer ganz namhaften Anzahl von Industrie-  
zweigen — wir nennen nur die Fabrikation von Strumpfwaren,  
Tuchen, Flanellen, Möbelen, die Holzschleifereien, Mühlen und  
Druckereien, die Konfektion, Maschinenfabrikation und Kammgarn-  
spinnerei — in den Berichten der Fabrikinspektoren angeführt  
wird, das ist die nicht mehr wegzuleugnende Ueberprodu-

tion, die über das Bedürfnis hinaus stattgefundenen Vermehrung  
der — inländischen Produktion, und die hierdurch bedingte Ver-  
minderung des Geschäftsgewinns und das sich hieraus entwickelnde  
Bestreben, den Ausfall in der Höhe des Preises durch Er-  
zeugung größerer Waarenmassen zu decken. Allein im  
Chemischen Aufsichtsbezirk wurden beispielsweise in der so wich-  
tigen Strumpfwarenbranche während des einen Jahres 1883  
trotz mangelnden Absatzes nicht weniger als einund-  
fünfzig neue Fabriken begründet, und selbst in der Holz-  
stofffabrikation, die nach übereinstimmenden Urtheile Aller fast  
ohne jeden Gewinn arbeitete, schritt man zur Errichtung neuer  
und zur Erweiterung bestehender Anstalten. In der vorstehenden  
Stricker- und Konfektionsbranche, die in dem einen Jahre allein  
zwei Absatzkrisen erlitt, schritt man sofort nach deren He-  
bung zur Aufstellung neuer Strickmaschinen, zur Anstellung neuer  
Arbeiter, die kurzfristig (?) genug waren, ihren bisherigen Beruf  
aufzugeben, und zur Einführung von Ueberstunden. Man muß  
sich wundern, daß wir bei derartigem Geschäftsgehären überhaupt  
noch zeitweilig aus den Absatzkrisen herauskommen.“

Wie man sieht, auch hier ist Ueberproduktion der  
Grundton der Melodie. Ueberproduktion schon jetzt, nur wenige  
Jahre seit die Industrie überhaupt sich erholt hat.

So ist die Situation eine äußerst gespannte, und es brauchen  
nur eine Reihe von Umständen zusammenzuwirken, um den  
lokalen Krach in einen allgemeinen zu verwandeln. Wann  
derselbe eintritt, vermögen wir nicht zu sagen, daß aber die Ar-  
beiterklasse weniger ihn, als die chronischen Leiden des jetzigen  
Zustandes zu fürchten hat, steht außer allem Zweifel. Soll Ab-  
hilfe geschaffen werden, so bedarf es radikaler Mittel, und  
diese sind, solange die Bourgeoisie nicht dazu gezwungen wird,  
nicht zu erwarten.

Das scheint auch die „Leipziger Zeitung“ einzusehen, denn sie  
fährt in ihrem Artikel fort:

„Geht es in diesem Tempo mit unserer Produktion noch weiter  
fort und finden die zunächst befristeten Fabrikantenkreise —  
nicht selbst den geeigneten Weg, um sich in dem Umfange ihrer  
Produktion die durch die Umstände gebotene, auch bei noch so  
beträchtlicher Ausdehnung unserer ausländischen  
Ab Absatzmärkte notwendige Selbstbeschränkung aufzuerlegen, so  
sehen wir in der That kein anderes Mittel als den Normal-  
Arbeitstag und eine noch weitergehende Beschränkung der Sonn-  
tagsarbeit, um der chronischen Krise und deren unab-  
sehbaren Folgen zu entgegen.“

Nun, die „Leipziger Zeitung“ kann beruhigt sein, die Fabri-  
kantenkreise werden sich diese Beschränkung nicht auferlegen, und  
zwar aus dem einfachsten Grunde, weil sie nicht können. Die  
Produktionskräfte sind ihrer Direktive bereits entwachsen. Da  
gibt's keinen freiwilligen Halm. Meist also nur der gesetzliche  
Zwang. Und wenn ein Normalarbeitstag der Ueberproduktion  
wirksam vorbeugen soll, so wird es eines ganz gehörigen Ein-  
griffes in die „wirtschaftliche Freiheit“ bedürfen. Eine Herab-  
setzung der Arbeitszeit auf ein Maximum von acht Stunden ist  
das Mindeste, was erforderlich sein wird. Sonst wird auch  
dieses, ja ebenfalls nur palliative Mittel vergebens sein.

Und so mag denn die sächsische Regierung, während Bismarck  
im Reichstag das schwindelhafte „Recht auf Arbeit“ proklamirt,  
für das viel rationellere Recht auf Faulheit eintreten. Acht  
Stunden Arbeit pro Tag ist zwar immer noch ein bißchen viel,  
allein sie lassen doch dem Arbeiter wenigstens etwas Zeit, die  
„edlen Tugenden der Faulheit zu üben“, um mit  
Freund Lafargue zu reden. Dagegen wird sie es freilich  
schwerlich, indeß dafür sorgen andere Leute, andere Faktoren.

Karl Marx sagte am Schluß der zweiten Auflage des „Ka-  
pital“ von der 1873 im Anmarsch begriffenen Krise, sie werde  
„durch die Allseitigkeit ihres Schauplatzes, wie die Intensivität  
ihrer Wirkung selbst den Gipfelpunkt des neuen heiligen, preu-  
ßisch-deutschen Reiches dialektisch einpausen.“ Wenn sich je ein  
Wort bewahrheitet hat, so dieses.

Die Krise nun, die jetzt im Anmarsch ist, dürfte das Wort  
in verstärktem Maße fortsetzen, und der Bourgeoisie der Welt einen  
Begriff von jener kritisch-revolutionären Denkform geben, daß ihr,  
um wiederum mit Marx zu reden, noch etwas ganz Anderes  
tragen wird, als der Kopf.

Gegen Sozialisten, die Verkündiger der sozialen Revolution,  
kann die Ausbeuterklasse Ausnahmegesetze proklamiren, gegen die  
soziale Revolution nicht.

## Der naturwissenschaftliche Materialismus.

Aus einem Porträt Paul Lafargue's.

I.

Jede herrschende Klasse stützt sich bei der Unterdrückung auf die brutale  
und die intellektuelle (geistige) Gewalt.

Die Religion ist eines der hauptsächlichsten geistigen Gewaltmittel,  
mittels deren die unterdrückte Klasse unter das Joch gebeugt wird. Im  
18. Jahrhundert war das Bürgerthum die unterdrückte Klasse, es hatte  
gegen den vom Priesterthum unterstützten Adel zu kämpfen; damals war

es voltairianisch und spielte sich als atheistisch auf. Kaum aber herrschend e  
Klasse geworden, fallte es um und lehrte sein süßlich zum Glauben  
seiner Väter zurück; hatte es doch die Religion als Unterdrückerin jetzt  
nicht mehr zu fürchten, sondern vielmehr zu benutzen. Durch ein Defekt  
setzte es Gott, den es abgeschafft hatte, wieder ein; die Kläre, die es  
ungefährigt hatte, wurden wieder aufgebaut, die Priester, die es verjagt  
und beraubt hatte, wieder in ihre Stühlen eingesetzt, und sie erwießen  
sich als die gefälligsten Diener. Man darf sich daher auch nicht wundern,  
in den industriellen Bezirken die scheinbellige Unterdrückerin zu  
finden, sowie eine Geißelheit — katholisch wie protestantisch — die lediglich  
darauf ausgeht, die Arbeiter zu verstimeln. Der Priester dient dem, der  
ihn bezahlet.

Aber da die christliche Religion viel von ihrem ehemaligen Einfluß einge-  
büßt hat, so schiedeten die Philosophen und Politiker der Bourgeoisie  
die Götter der freidenkerischen Religion: Arbeit, Freiheit, Vaterland,  
Fortschritt u. s. w., um ihr bei der geistigen Unterdrückungsarbeit Hilfe  
zu leisten; die Dekonomen erfinden ihre „ewigen“ wirtschaftlichen Natu-  
rgeetze und verstärken den religiösen Fatalismus durch den nicht minder  
verherrlichten wirtschaftlichen Fatalismus. R. L. u. s. w., der in sich den  
Priester und Dekonomen vereinigt, formulirt sein Bevölkerungsgeetz  
und lehrte, daß da die vorläufige Vorsehung nicht für genug Lebens-  
mittel für alle Menschen gesorgt hat, die Einen vor Hunger, die Andern  
an Heißhunger zu freieren hätten.

Die Bourgeoisie findet jedoch, daß diese religiöse Dreieinigkeit (Kon-  
fessionelle, freisinnige und ökonomische Religion) genügt noch nicht, die  
Intelligenz der Arbeiterklasse zu verstimeln, sie sucht daher ihre wirt-  
schaftliche und politische Herrschaft auf wissenschaftliche Theorien zu  
stützen.

Dumm und unwissend, schleuderte die Kirche ihre Bannflüche wider  
die Naturwissenschaften, diese „Erfindungen des Teufels“, sündete sie ihre  
Scheiterhaufen an wider die Gelehrten, diese Zauberer, diese Helfers-  
heifer des Teufels.

Die Bourgeoisie, ebenso unwissend aber abgefeimter, schlägt aus ihnen  
Rügen; sie nimmt sie in ihren Dienst. Die Naturwissenschaften haben  
die Naturkräfte gebändigt und sie ihrem Dienst unterworfen; zwei oer-  
hältnismäßig neu entdeckte Kräfte: die Spannkraft des Wasserdampfes  
und die Elektrizität gehören zu den mächtigsten Förderern ihres Reich-  
thums. Die Bourgeoisie verbrennt nicht mehr die Gelehrten, sie benutzt  
sie aus; in den großen industriellen und landwirtschaftlichen Unter-  
nehmungen wirken Chemiker, Ingenieure und Agronomen gleich einfachen  
Proletariern für ihre Bereicherung. Aber sie erwartet noch etwas Ande-  
res von den Naturwissenschaften; sie sucht aus ihren künftigen Theorien  
Mittel geistiger Unterdrückung zu machen. Die Bourgeoisie wünscht, daß alle  
geistigen Kräfte ihr helfen, die Lohnarbeiterklasse an ihr Elend zu  
schmieden.

Charles Darwin, der größte Naturforscher und einer der tiefsten  
Denker unserer Zeit, der die Theorie Lamarck's und G. St. Hilaire's  
aus ihrem langen Schlummer erweckte, ihr neues Leben einflößte und ihr  
zum Triumph verhalf, versuchte den Beweis zu liefern, daß die sozialen  
Ungleichheiten eine natürliche Nothwendigkeit seien. Gelehrte wüßten und  
zehrten Ranges, die von den Männern von Genie wie die Würmer von  
der Löwenhaut zehren, schlugen daraus Kapital und suchten unter Ausbeutung  
ihres ganzen Scharfsinnes zu beweisen, daß die Darwin'sche Theorie die  
vernünftigste Abtheilung des modernen Sozialismus sei. Da im  
Kampf um Dasein, verkünden sie, nur den Begabtesten, den Tüchtigsten  
(so tho fitost) der Sieg zufällt, so müßten die Genüsse dieser Erbe von  
Rechts wegen der Nichttüchtigsten und Unfähigen aus der besitzenden Klasse  
zufallen. Die höchsten Stellen der Nation gehören der außerordentlichen  
Intelligenz eines Thiers, eines Mac Mahon, eines Louis Napoleon. Die  
Reichtümer der Gesellschaft müssen der angeborenen und erwor-  
benen Ehrlichkeit der Bontour und anderer Vörsenjobber zufallen; die  
Dividenden der Eisenbahnen, der Bergwerke, der Fabriken u. s. w. müssen  
von den Reichtümern, den Aktien- und Obligationenbesitzern, eingestakt  
werden, dagegen ist Elend und physische und geistige Verklammerung die  
gehörige Bezahlung für die Arbeit, die Energie und die Intelligenz  
der wirklichen Produzenten.

Die Hülfe des Darwinismus, die, um den Dank der lieben Kapita-  
listen einzubringen, die Wissenschaft auf das Niveau einer Religion her-  
abdrücken wollen, haben lediglich bewiesen — was die Sozialisten längst  
wüßten — daß in Punkte des Servilismus die Gelehrten den Priestern  
den Rang freilich machen; und daß die Revolutionäre des vorigen  
Jahrhunderts ihre guten Gründe hatten, als sie Lanostier, den Vater  
der modernen Chemie, um einen Kopf kürzer machten, denn der Vater  
der modernen Chemie war der Spießgeselle jener Bande von Finanz-  
rittern, welche die Revolution zu Grunde richteten.

Es wird den Darwinianern nirgends gelingen, die Lehren der  
Wissenschaft vermehren zu lassen, um aus ihr ein Mittel geistiger  
Unterdrückung zu machen. Die Wissenschaft war von jeher revolutionär,  
sie wird es stets sein; sie wird die von den herrschenden Klassen zur  
Festigung ihrer schwankenden Herrschaft verbreiteten Vorurtheile ent-  
wurzeln. Dieselbe Darwin'sche Theorie, welche die soziale Ungleichheit  
wissenschaftlich sanktioniren sollte, bemächtiget vielmehr die kommunistischen  
Materialisten mit neuen Argumenten, die unterdrückten Klassen zur  
Empörung wider diese barbarische Gesellschaft aufzurufen, in der die,  
welche den Reichtum lösen, nur Armut ernten, in der alle gesellschaft-  
lichen Auszeichnungen den Unfähigen und Unmüßigen zufallen, und  
wo die Geetze der organischen Entwicklung ignorirt, verkannt und mit  
Fügen getreten werden.

Da die Darwinianer die Rolle der Fresser der Religion, der Gambetta  
des Liberalismus und der Ralhuffe der politischen Dekonomie  
übernehmen haben und erklären, daß die Naturgeetze wie die Geetze  
Gottes, der Politik und der Dekonomie den Arbeiter zur sozialen Inferi-  
orität (d. h. zu einer niederen Stellung in der Gesellschaft) verurtheilen,  
so muß ich in diesem Kurzus sozialer Dekonomie die Soziallehre der  
Herrn Naturforscher ebenso kritisiren, wie ich den ökonomischen und  
historischen Idealismus kritirt habe. Zuvor aber will ich in großen  
Ankrißen die Darwin'sche Theorie, ihre Verdienste und ihre Mängel  
auseinanderlegen.

Es war sehr bequem und entsprach durchaus der Denkweise der Armen im  
Geist, denen bekanntlich das Himmelreich versprochen ist, die Erschaffung der  
Pflanzen und Thiere durch das Eingreifen eines imaginären (gedachten)  
Wesens zu erklären, — nicht einfacher in der That: die göttliche, so  
vorsorgliche Vorsehung hatte die Pflanzen als Nahrung für die Thiere  
und diese als Nahrung für die Menschen erschaffen. Freilich krachten  
gewisse Thatsachen diese angenehme Theorie Lügen: Pflanzen vergifteten  
Thiere, und es passierte dem Löwen, die Schäfer mitsamt den Ham-  
meln zu fressen; allein das waren unbedeutende Dinge, die nicht in  
Betragt kamen. Als nun die Geologie aus dem Innern der Erde Steine  
und Abdrücke verschiedener Thierarten ans Licht brachte, welche die Vor-

stufen der jetzigen Thiere zu sein schienen, führte sie die gang und gäben Ideen ein wenig. Die Gelehrten, die wie der große Naturforscher Agassiz annahmen, daß jede bestehende Art eine verlorene Idee der Gottheit sei erklärten daher, daß die Perodactylen und die anderen fossilen Thiere „prophetische Typen“ seien.

Die Idee des Urtypus, sagte der Anatom Owen, „hat sich auf unserem Planeten lange vor dem Erscheinen der Thierarten, die ihr als Beispiel dienen sollten, in Fleisch und Bein und in verschiedenen Formen gezeigt.“ Die prophetischen Typen des Agassiz und die Urtypus-Idee von Owen, die sich in aufeinanderfolgenden und unvollkommenen Formen manifestieren, ehe sie zu ihrer Vollendung im jetzt lebenden Thiere gelangen, sind in letzter Instanz nur eine hochtrabende Umschreibung der plumpen, aber naiven Erklärung des vorigen Jahrhunderts. Gott, sagte man damals, hat die thierischen Formen erst modellirt und hinterher belebt, die fossilen Erscheinungen waren die nicht belebten und verworfenen mißglückten Modelle. Hiernach sind die fossilen Erscheinungen ebensoviele Beweise von der Ungeheuerlichkeit des Allmächtigen.

Die göttliche Schöpfungstheorie wurde immer lächerlicher, je mehr man sie anzuwenden suchte. Bernhardt de St. Pierre, der in der ganzen Natur den Finger Gottes wieder fand, entdeckte, daß die Einschnitte bei den Melonen und Kürbissen eine Idee der Gottheit einschließen: sie zeigten dem Vater an, wie er die Melonen unter seine Kinder und den Kürbis mit seinen zahlreicheren Einschnitten mit seinen Nachbarn zu theilen habe.

Das für ein ausgezeichnetes Philanthrop, dieser liebe Gott! Mit dem Fortschritt der Wissenschaften treten immer zahlreichere und immer mehr Verlegenheit machende Einwände auf. Im Mittelalter diskutirten die Theologen mit derselben Würde und Tiefe, wie unsere Oekonomen die Harmonie der Interessen, die Frage, ob Adam einen Nabel gehabt. Gott, sagten die Einen, kann nichts Unnützes schaffen; da nun Adam von seiner Frau gezeugt war, brauchte er auch keinen Nabel, folglich besaß er auch keinen. Gott, antworteten die Anderen, kann nichts Unvollständiges machen; hätte nun Adam keinen Nabel gehabt, so wäre er unvollständig gewesen, also besaß er einen. Nabels, der unvergleichliche Spötter, läßt seine Feinde die Frage diskutiren, was zuerst erzeugt worden sei, die Idee oder die Luft zu trinken. Die Theologen, die ebensoviele Zeit mit müßigen Fragen zu verlieren hatten wie unsere Oekonomen, würden indeß entsetzt gewesen sein, wenn sie die Zahl der unnützen Organe gekannt hätten, welche die Anatomie in dem menschlichen Körper entdeckt hat und über welche man hätte bis zum Schwarzwerden diskutiren müssen.

In seiner Denkschrift über den Flügel des Straußen sagt St. Hilaire: „Diese Verkümmern des Gabelbeins ist deshalb nicht weggefallen, weil die Natur nie plötzliche Sprünge macht und stets Spuren eines Organs zurückläßt — selbst dann wenn es vollständig überflüssig ist — sobald dieses Organ eine wichtige Rolle bei den anderen Arten derselben Familie gespielt hat. So finden sich unter der Haut die Spuren der Flügel des Kajakar; so erblickt man beim Menschen im inneren Augenwinkel eine Hautfalte, die man als Verkümmern (rudiment) der Nahrung, welche viele Vierfüßer und Vögel besitzen, erkannt hat.“

Diese Organe, die beim Menschen rudimentär, weil unnütz (überflüssig), aber bei den Thieren durch den Gebrauch sehr entwickelt sind, sind ebensoviele Beweise dafür, daß der Mensch von diesen Thieren abstammt (wohl richtiger: gemeinamen Ursprungs mit ihnen ist. Die Red.), aber das Ererbte nicht im vollkommenen Zustand zu erhalten verstand, nicht zu erhalten vermochte.

Eine weitere moderne Wissenschaft, die Embryologie (Lehre von der menschlichen und thierischen Entwicklung) sollte noch seltsamere Thatfachen enthüllen. Die Spirituellen haben dem schwanzlichen Anhängsel eine besondere Bedeutung beigelegt; das Fehlen dieses Schwanzes beim Menschen war das Zeichen der Superiorität (Erhabenheit) desselben. Jammervolle Superiorität, die an einem Schwanz hing! Einen Augenblick standen sie schredliche Angst aus, diesen kostbaren Beweis von der göttlichen Abstammung des Menschen zu verlieren: Reihende versicherten, im Inneren Afrikas Regier getroffen zu haben, die Nyam-Nyam, die mit diesem eleganten und nützlichen Anhängsel geziert waren; bei näherer Prüfung entdeckte man jedoch, daß dieser angebliche Schwanz nur Hirnrath war, den sie an ihrem Hintern befestigten, gerade wie unsere schönen Damen es mit ihren Toirnärrn machen. Indef hatten die Spirituellen keine Ursache, sich zu freuen; die Embryologie wies nach, daß wenn der Mensch keinen Schwanz hat, dies daher rührt, daß er ihn verloren, — nicht in der Schicht, sondern im Mutterleib. Thatsächlich ragt im Mutterleib das Steißbein, gleich einem verlässlichen Schwanz, weit über die rudimentären Beine hinaus. Der Umstand, daß der Mensch, einige Partien des Körpers ausgenommen, unbehaart war, schien ihn von den Thieren abzuzeichnen; aber man weiß jetzt, daß der menschliche Körper im fötalen Zustande bis zum 6. Monat mit einem stützlichen Felle bedeckt ist. Jedermann weiß heute, daß der Mensch, gleich dem Affen und dem Hunde, aus einem Ei hervorgeht und daß er während seiner Entwicklung im Mutterleibe große Ähnlichkeit mit den anderen Thierarten aufweist, deren Entwicklungsphasen mehr oder minder vollkommen wiederholt.

## Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 21. Mai 1884.

Die Jahrestage der blutigen Kämpfe des Pariser Proletariats auf's Neue nach. Wir gedenken jener Helden, die mit heldenmüthigen den Kampf aufnahmen für die Rechte des Volkes, für die soziale Emanzipation des Proletariats, wir gedenken der Opfer des von einer fanatischen Ausbeuterklasse inszenirten Massakers. Ihr Andenken rückt uns zu weiterem Kampfen in unseren Kämpfen und ruft uns zugleich zu:

Vernet an dem Beispiel Eurer gefallenen Brüder! Unsere Pariser Genossen werden das Andenken der Kommune-Kämpfer diesmal in ganz besonderer Weise ehren. Das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Kommune-Kämpfer hat beschlossen, sich diesmal nicht mit der Niederlegung von Kränzen u. d. gl. zu begnügen, sondern die Gräber mit bauernden Blumen, Strauchwerk u. s. w. zu bepflanzen, und ladet die Besucher ein, für würdigen Schmuck in diesem Sinne mit zu sorgen.

An einer regen Theilnehmung ist nicht zu zweifeln. Die von Genosse Liebknecht am Schluß der dritten Lesung der Sozialistengesetvorlage vertretene Erklärung lautet in ihrem vollen Wortlaut:

„Meine Herren, zunächst habe ich dem Herrn Abgeordneten Richter zu erklären, daß seine Bemerkungen gegen meinen Freund Bebel durchaus nicht mit dem Thatsachen im Einklange stehen. Er irrt, wenn er glaubt, daß sich in unserer Partei eine sogenannte Sezession vollzogen habe. Von einer Sezession kann bei und nicht die Rede sein. Wir haben ein festes Parteiprogramm, von dem wir nicht abweichen können. Wir sind aber nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine kämpfende Partei, und als solche bedürfen wir einer festen Parteidisziplin. Wer sich entweder dem Parteiprogramm oder der Parteidisziplin nicht unterwirft, gehört einfach nicht zur Partei. Zwischen Lehre und Handeln besteht bei uns kein Unterschied. Daß innerhalb der deutsch-freilinnigen Partei ein solcher Unterschied besteht, das ist es, was Bebel behauptet hat, und das ist durch die Ausführungen des Herrn Richter nicht widerlegt worden.“

Nun, meine Herren, habe ich, da wir unmittelbar vor der Abstimmung stehen und da wir Sozialdemokraten nicht die Absicht haben, uns weiter an der Diskussion zu betheiligen, im Namen unserer Fraktion folgende Schlussklärung abzugeben.

„Durch den Gang der Verhandlungen über dieses Gesetz und durch den Anfall der entscheidenden Abstimmung ist es für jeden Denkfähigen klar geworden, daß die für Verlängerung des Sozialistengesetzes von dessen Urhebern und Freunden öffentlich geltend gemachten Gründe nicht die wahren Gründe sind.“

(Rufe: Cho!)

und daß es sich dabei um politische und persönliche Machtfragen handelt, die mit Sozialismus und Sozialistengesetz gar nichts

zu thun haben und namentlich in der Reihen des Reichskanzlers handgreiflich hervorgetreten sind.

Der unser Parteiorgan liest, wird daraus ersehen haben, daß das Resultat von uns nicht anders erwartet worden ist. Eine Partei, die allen übrigen Parteien ausnahmslos die politischen sowohl als die wirtschaftlichen Existenzbedingungen zu entziehen bestrebt ist und deshalb folgerichtig alle übrigen Parteien ausnahmslos zu Feinden hat, muß auf Verunglimpfung, Unterdrückung und Achtung gefaßt sein.

Wir halten es unter unserer Würde, durch feige Schmiegsamkeit die verachtungswürdige Duldung der feindsindigen Parteien und Regierungen zu erkaufen. Wir wissen, daß unsere Kraft in unseren Prinzipien liegt, und daß jede Ab schwächung unserer Prinzipien unsere Kraft schmälern würde.

Daß das Sozialistengesetz, dessen abermalige Verlängerung nun beschlossene Sache ist, uns nicht vernichtet wird, das weiß ein Jeder von Ihnen, wie ein Jeder von Ihnen weiß, daß das Sozialistengesetz während seiner bisherigen Dauer unsere Parteiorganisation nur gekräftigt, die Ausbreitung unserer Prinzipien und unserer Ideen nur gefördert hat.

Daß durch die Verlängerung des Sozialistengesetzes die Wahrscheinlichkeit eines friedlichen Verlaufes der großen sozialen Revolution, innerhalb deren wir uns befinden und an der ausnahmslos alle Parteien mitarbeiten, wesentlich gemindert wird, das kann Niemand behaupten, der die menschliche Natur und die geschichtlichen Entwicklungsgeetze kennt. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes —

(Rufe: Nicht lesen!)

darüber geben wir uns keinen Täuschungen hin — bedeutet die Permanenz-Erklärung der Proskriptionspolitik. Von Tag zu Tag wird es schwieriger werden, die durch das soziale Elend hervorgerufenen, durch gewissenlose Demagogen genährten, durch das Sozialistengesetz aufgestachelten Leidenschaften zu dämmen und zu zügeln.

(Stimme des Präsidenten.)

Vizepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Ich muß den Herrn Redner doch unterbrechen und bemerken, daß es nach der Geschäftsordnung nicht erlaubt ist, zu lesen.

Abgeordneter Liebknecht: Durch das Botum des vorigen Sonnabends, welches heute bestätigt werden wird, hat die Majorität des Reichstages die Verantwortlichkeit für die Folgen der Zustände, die jetzt entstehen werden, auf sich genommen.

Für uns ist die Situation nicht verändert, wir werden fortfahren, den Weg zu wandeln, den die Pflicht uns vorschreibt, und wir werden nach wie vor alle unsere Kräfte daran setzen, um den Sieg, welcher als naturnothwendige Frucht der gefamnten sozialpolitischen Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts uns zufallen muß, möglichst bald an das Banner der Sozialdemokratie zu heften.“

„ml. Das „Recht auf Arbeit“ macht dem Herrn Bismarck schon arge Kopfschmerzen; und wie gerne möchte er jetzt das in der Hitze des Gefechts „entfahrene“ Wort zurückrufen! Doch der Feil ist von der Sehne geschneidelt und der unvorsichtige Schütze kann ihn nicht mehr in seinem Laufe beherrschen.“

„Die Sozialreform ist da!“ schrieben wir vor wenig Wochen (in Nr. 19), als wir den neuesten Handreich des sozialdemagogischen Hausmeiers der Hohenzollern voraussetzten — die Sozialreform ist da! Rag Bismarck darunter verstehen, damit bezwecken, was er will. Sie ist da und durch keine Tücke, durch keine List aus der Welt zu schaffen. Ob es Bismarck ernst ist oder nicht — auch seine Lügen binden ihn an das Werk, das vollenden zu wollen und können er gepreht hat; seine Lügen haben sich in Stride verwandelt, die ihn fassen und die er nicht abstreifen vermag; und die Sozialreform, als deren Urheber er sich verherrlichen läßt, wird wider seinen Willen Wahrheit werden, wie die Reformen der monarchischen Reformatoren des achtzehnten Jahrhunderts Wahrheit geworden sind — durch die Revolution!“

Ja, er ist an seine eigenen Lügen gebunden! Und hier tritt wieder das Wort: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.“ Hätte irgend ein Hausknecht des Hausmeiers, ein Putz- oder Bödiger oder Böddiger, das „Recht auf Arbeit“ proklamirt, so wäre das ohne weitere Folgen geblieben. Mit einem Zutritt wäre der leichtsinnige Lügler zur Kabinetschüre hinaus, und das leichtsinnige Wort in alle Winde geflogen. Allein er selbst hat es ja gesagt, der große Otto, der Odipus des neunzehnten Jahrhunderts, der das Räthsel der Sphinx, genannt „soziale Frage“, im Handumdrehen gelöst, und die Menschheit von diesem entsetzlichen Alp noch nicht befreit hat, aber zu befreien auf dem besten Wege ist. Ein Sozialdemagog, der zufällig deutscher Reichskanzler ist, kann nicht lügen, wie ein Sozialdemagog, der bloß Bedienter dieses Reichskanzlers oder Hofprediger oder sonst eine tailinarische Existenz. Das Quod licet Jovi non licet bovi\*, oder auch umgekehrt: Quod licet bovi, non licet Jovi\*\* — was einem beliedigen Putzflamer, Stöcker oder Cremer erlaubt ist, das ist einem Bismarck nicht erlaubt.

Lügen kann er wie diese, jedoch seine Lügen haben eine größere Macht, weil er selber eine größere Macht hat und — hier in diesem Falle haben die bösen Sozialdemokraten ihn beim Worte genommen: „De Bruder Otto! Du hast das Recht auf Arbeit proklamirt! Wenn Einer im Staate, hast Du die Möglichkeit der Beweissicherung! Hie Rhodus, hic salta!\*\*\*“ — zeige, ob Du ein gemeiner Charkatan und Bauernfänger bist oder der geniale Staatsmann, für den Du Dich ausgeben läßt, ob ein potenziertes Stöcker oder der Odipus des neunzehnten Jahrhunderts!“

Und aus dem Recht auf Arbeit haben sie eine Schlinge gedreht, an der er zappelt. Erst wollte er in seinem Leitblatt, der „Norddeutschen“, den fatalen Cojus todt schweigen. Während die übrigen Zeitungen den sozialdemokratischen Antrag schadenfroß dem Herrn Reichskanzler und seinem Organ unter die Nase hielten — thaten Reichskanzler und Norddeutsche, als wäre der unbedeutsame Antrag niemals gestellt worden.

Jetzt dauerte diese Komödie der Verlegenheit, diese späßhafte Todtschweigungs-Beschwörung, und dann konnten Bismarck und sein Pöbeler es nicht länger aushalten.

In der Nummer vom 14. Mai machen sie einen grotesken „Angstsprung“ und bekunden das mangelnde Gleichgewicht ihres Geistes- und Gemüthszustandes durch folgende Expektoration:

„Die Absicht, die dieses Antrag zu Grunde liegt, ist durchsichtig. Es kommt den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht darauf an, auf dem Gebiete der sozialpolitischen Reformgesetzgebung einen Schritt nach vorwärts zu thun, sondern sie wollen die Regierung diskreditiren. Wenn sie wirklich die Wahrnehmung der Interessen des Arbeiters im Auge gehabt hätten, so wäre es ihre Pflicht gewesen, kleinstenfalls ihrerseits den gewünschten Entwurf aufzustellen und einzubringen, da es sich ihrem Antrag nach um ein „unerschwinglich zu befriedigendes Bedürfnis“ handelt. Der Artikel 23 der Verfassung gibt dem Reichstag das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reiches Gesetze vorzuschlagen, und es fehlt daher den Antragstellern an jedem Vorwand, mit dem sie ihre Unthätigkeit decken könnten. Daß ein aus der Mitte des Reichstages hervorgegangener Gesetzesentwurf über das Recht auf Arbeit seitens des Bundesrathes und an Allerhöchster Stelle die gebührende Berücksichtigung gefunden haben würde, darüber konnten die Antragsteller nicht im Zweifel sein, und jedenfalls würden sie keinen Glauben finden, wenn sie eine gegenseitige Behauptung aufstellten. Der Mitunterzeichner des Antrages, Herr Venzmann, hat noch vor Kurzem einen ausführlichen Entwurf zu einem Gesetz über die schwierige Materie der Entschädigung für unzulässig erlassene Unterjuchungs- und Strafhaft eingebracht. Warum ist seine legislativische Begabung im vorliegenden Falle nicht zur Hebung gekommen?“

Der Antrag beweist von Neuem, daß unsere Bevölkerung von Denjenigen, welche sich als ihre Wohlthäter gebärden, nur irreführt

\* Was dem Jupiter (dem obersten Gotte der Römer) erlaubt ist, ist einem Ochsen nicht erlaubt.

\*\* Was dem Ochsen erlaubt ist, ist dem Jupiter nicht erlaubt. (Jupiter spielte aus Liebe einmal die Rolle eines Ochsen — was auch Nichtgöttern schon passiert sein soll.)

\*\*\* Hier ist Rhodus, hier springe!

wird. Für die Mühseligen und Beladenen geschieht seitens der sogenannten Führer der sozialistischen Partei nichts; und mehr als das — jene Führer wollen auch gar nichts dafür thun, daß das Elend gemindert werde. Denn eben dieses Elend ist für sie die Bedingung, unter der sie allein das Ziel, dem sie in Wahrheit entgegenstreben, erreichen können. Sie brauchen eine unzufriedene Masse, um aus derselben eine Oppositionspartei zu formiren, die sie nach Belieben lenken und ausnützen können. Sie müssen sich daher bemühen, die Unzufriedenheit im Volke zu erhalten und anzuküpfen.

Ein Gesetz, welches ein Recht auf Arbeit statuirt, wird den Führern der Sozialdemokratie eben so sehr ein Stein des Anstoßes sein, als es den Fortschrittlichen die Herabminderung der Steuer-Erfahrungen ist. Es entwirft ihnen die wirksamste Agitationswaffe.

Wir begrüßen jenen Antrag um dessentwillen, weil wir an demselben die Hoffnung knüpfen, daß er auflärend auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung wirken werde. Von der Seite, die sich nun seit Jahrzehnten mit verführerischen Worten an sie herandrängt, wird sie niemals Brod erwarten dürfen.“

So die „Norddeutsche“.

Was versteht sie unter „der Seite, die sich nun seit Jahrzehnten mit verführerischen Worten an die Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet“, und von der sie (nämlich die Masse) „niemals etwas zu erwarten haben wird“? Wohl den Arrangeur der schließlichen Webersedeputation? Und den „Anwalt des armen Mannes“? Und den Beschwörer des „Rechts auf Arbeit“?

Je nun, wir haben ihm Gelegenheit gegeben, jeden Zweifel an seinen ehrlichen Absichten mit Stumpf und Stiel auszuröthen. Er muß uns dankbar sein.

Im Uebrigen beschäftigen wir uns nicht mit den Angstsprüngen der „Norddeutschen“. Wir wollen bloß mittheilen, was die „Germania“ dazu schreibt:

„Es gehört eine bewundernswürdige Redlichkeit dazu, den Bundesrath und die Krone selbst für einen derartigen Gesetzesentwurf zu engagiren; als müßiger Umstand ist freilich die Erwägung zu betrachten, daß man nicht beim Wort genommen werden kann, weil der Reichstag sich auf eine so unumgängliche Gelegenheit gar nicht einlassen wird. Im Uebrigen ist der Versuch der „Norddeutschen“, die Antragsteller mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, einfach als verfehlt zu betrachten. Die Sozialdemokraten haben die Theorie des „Rechts auf Arbeit“ unter den gegenwärtigen Umständen und Verhältnissen nicht proklamirt, sondern es ist das von Ministertische gefahren. Es ist also Sache der Regierung, dies Wort in Brod zu verwandeln — wenn nicht die Argumente des öffentlichen Kritikers auf sie zurückfallen sollen. Kluge scharf macht klärtig.“

Etwas grob. Doch das ist der Stil der „Germania“.

Und jetzt wollen wir abwarten, was der Odipus des neunzehnten Jahrhunderts thun wird.

Angenagelt ist er. Los soll er nicht kommen!

Der deutsche Reichstag hat, nachdem er am 10. Mai über den Stock gesprungen, den Rest seines vorläufigen Pensums mit affensartiger Geschwindigkeit erledigt. Am 12. Mai wurde die 3. Lesung des Sozialistengesetzes vorgenommen. In der Generaldebatte sprach unterseits Bebel, der während der vorhergehenden Verhandlungen durch Angriffe auf sein Buch: „Die Frau“ mehrfach persönlich provoziert worden war. Er ergänzte gewissermaßen die Rede Geffers, der bei der zweiten Lesung durch strenge Danbhabung der Geschäftsordnung an der vollen Durchführung seiner Aufgabe gehindert worden war. Bebel beantragte sich jedoch nicht mit der Abwehr von Angriffen, sondern ging selber zum Angriff über und unterwarf das Verfahren der Regierung und der verschiedenen Parteien, namentlich des Zentrums und der Deutschfreisinnigen, einer scharfen und wohlverdienten Kritik und Züchtigung.

Die Liebe sahen und wurden von den Herren Bamberger, Reichensperger und Richter pünktlich, wenn auch nicht dankend, quittirt. Herr Richter, den Bebel an die Spaltung in seiner der Richter'schen Partei erinnert hatte, wollte, wie dies seine Gewohnheit ist, von einer Retortenkampfe Gebrauch machen, und führte die Affäre Kittinghausen ins Feld. Hiermit bewirkte er indeß nur, daß Liebknecht die Sache klar stellte, und Kittinghausen zu der (allerdings in etwas phantastischer Weise abgegebenen) Erklärung gezwungen ward, daß er auch prinzipiell mit der Sozialdemokratie nicht auf gleichem Boden stehe.

Nach der Schlussklärung, welche Liebknecht im Namen der sozialdemokratischen Fraktion verlas und worin die Stellung der Partei präzisirt ist, fand die endgültige Abstimmung durch einfaches Erheben von den Eigen statt. Das Haus war ziemlich schwach besetzt, namentlich auf der Linken, und in Folge dessen die Majorität zu Gunsten der Verlängerung relativ noch größer als am Sonnabend vorher. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wurde nicht gestellt; es hätte auch keinen Sinn gehabt, da der „Unfall“ bereits vor der zweiten Lesung stattgefunden hatte, vollendete Thatsache war, und nicht mehr grünlicher werden konnte.

Sobald die Reichsregierung die Verlängerung des Sozialistengesetzes eingehandelt hatte, setzte sie dem Reichstag die Pistole des Dynamitgesetzes auf die Brust. Widerstand gab's nicht mehr. Alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, hatten sich von vornherein dahin geeinigt, der Regierung Alles zu bewilligen. Und aus dieser Stimmung schlug die Regierung Kapital.

Die brave Fortschrittspartei — Verzeihung! deutschfreisinnige Partei hatte bereits ein Dynamitgesetz „apportirt“, welches das gemeine Recht durchlöcherter. Selbstverständlich nutzte die Regierung dies aus; sie erweiterte die Breche, welche die Partei der politischen Heuscheln und des „gleichen Rechts für Alle“ ihr so entgegenkommend in das gemeine Recht gelegt hatte, und brachte einen Gesetzesentwurf ein, der, mit Blut geschrieben, die ganze Bestialität und Angst der herrschenden Klassen enthielt.

Denkerbeil und Zuchthaus! Das sind die einzigen Schutzmittel, welche die bankrotte Staatsoeconomie unserer Staatspflücker kennt. Es ist der alte, tausendjährige Wahnsinn; den naturnothwendigen Rückschlag gegen Unterdrückung von oben will man durch verstärkten Druck nach unten aus der Welt schaffen — erzeugt dadurch aber nur entsprechend den Gegendruck, und um so heftigeren Rückschlag.

Vor dem Dynamit graut ihnen. Die unbefugte, nichtkonfessionirte Darstellung von Dynamit, der unbefugte, nichtkonfessionirte Verkauf von Dynamit soll um jeden Preis durch Androhung der drakonischsten Strafen, verhindert werden. Als ob ein eingeschlossener Mensch sich durch solche Androhung beirren ließe! Die Männer, welche seinerzeit das Attentat auf den Czaren Alexander II. ausführten, hatten, wie jeder, der ein solches Attentat beabsichtigt, ihre Suche auf Nichts gestellt, sie wußten, daß sie ihr Leben aufs Spiel setzten, sie waren bereit, ihr Leben zu opfern. Wenn damals ein Dynamitgesetz in Rußland bestanden hätte, würden die Attentäter ihren Plan dennoch verwirklicht haben. Kein vernünftiger Mensch kann daran zweifeln.

Das Bismarck'sche Dynamitgesetz enthält aber noch verrücktere, schandbarere Bestimmungen. Wer im Inland oder im Ausland ein Dynamit-Attentat „glorifizirt“, hat schon das Zuchthaus verwirkt. Wer da anerkenn, daß die Perowskaja von edlen Motiven befeuert war, daß die Helden, welche den Czar Alexander II. mit Dynamit hinrichteten, ihrem Vaterland und der Menschheit einen Dienst leisten wollten, hat das Zuchthaus verwirkt. Wer da anerkenn, daß die Fenier in der tausendjährigen Rechtschaff und Ausbeutung ihres Vaterlandes ein Entschuldigendes, ja Rechtfertigendes ihrer Dynamitpolitik haben, hat das Zuchthaus verwirkt. Da hört alle Humanität, da hört der gesunde Menschenverstand auf.

Für ein solch tolles Gesetz zu stimmen, war für die sozialdemokratische Fraktion außer Frage. Sie hätte sich und all ihren Prinzipien ins Gesicht geschlagen, sich das Brandmal der Feigheit auf die Stirn gedrückt. Die Wehrheit war der Ansicht, daß gegen das Gesetz zu stimmen, unter den obwaltenden Verhältnissen den Parteinteressen nicht entsprechen würde, und so kam man überein, sich der Abstimmung zu enthalten und dies durch eine kurze Erklärung zu begründen. Die Erklärung wurde von Hagenklober abgegeben, der auf die Unannehmlichkeit eines Gesetzes mit so monströsen Bestimmungen aufmerksam machte und es der Regierung überließ, wie sie mit dem von ihr selbst geschätzten Anarchismus fertig werde.

Man wird sich erinnern, daß die sozialdemokratische Fraktion im Frühling 1881, nach dem Attentat auf den Czaren, als dieselbe Frage

Bestand einer von Windthorst beantragten Resolution vor den Reichstag, die gleiche Taktik befolgte und sich der Zustimmung enthielt — was damals allerdings in den Kreisen der Partei hier und da zu wackelnden Ausstellungen Anlaß gab. —

Donnerstag den 15. Mai wurde der Reichstag bis nach Pfingsten vertagt. —

Der Abgeordnete Kittinghausen hat es für nötig gehalten, zur Bemängelung der wesentlichen Gründe seines Austrittes aus der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages das in dem Programm aufzubringen, die sozialdemokratische Partei habe auf und von dem Kopenhagener Kongress eine Schwelung in den „autoritären Kommunismus“ vollzogen, und diese Schwelung habe er nicht mitmachen wollen, nicht mitmachen können. Soweit es im Rahmen einer persönlichen Bemerkung möglich war, wurde das lächerlich Unwahre dieser Behauptung sofort von Liebknecht gekennzeichnet. Für unsere Partei bedarf es keiner eingehenden Widerlegung. Sie wissen, daß die Kopenhagener Beschlüsse das Parteiprogramm gar nicht berührt haben, und daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands heute genau auf demselben Boden steht wie am Tage ihrer Gründung — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß unsere Partei sich theoretisch nicht weiter entwickeln könne und fortwährend weiter entwickle.

Die Sache ist die: Prinzipielle, d. h. die Parteiprinzipien betreffende Gründe haben bei der Vertreibung des Herrn Kittinghausen überhaupt keine Rolle gespielt. Herr Kittinghausen hat eben so wenig eine „Schwelung“ vollzogen, wie die sozialdemokratische Partei oder Fraktion. Er ist heute genau, der er immer war: ein „Sozialdemokrat“ in dem alten französischen, klembürgerlichen Sinne, mit dem Stiefelchen der direkten Gesetzgebung.

Dieses Stiefelchen reitet er beständig, bei Tag und bei Nacht. Nicht nur die direkte Gesetzgebung, welche ja einen Punkt des sozialdemokratischen Parteiprogramms bildet, ihre Bedeutung abspähen wollten, wie die Kittinghausensche Auffassung, daß die direkte Gesetzgebung das einzige Mittel zur Lösung der sozialen Frage, das Alpha und Omega der sozialdemokratischen Bewegung sei, ist, gelinde gesagt, eine seltsame Überhebung. Herr Kittinghausen lebt der festen Überzeugung, in seiner „direkten“ Gesetzgebung das untrügliche und unfehlbare soziale Wundermittel entdeckt oder erfunden zu haben, und sieht mit einem gewissen Stolz auf alle diejenigen herab, die die soziale Frage zugleich für ein ökonomisches und politisches Problem halten. Er räumt sich, was Marx'sche „Kapital“ nicht gelesen zu haben; was Marx gelehrt, aber er lange vor ihm gewußt, und solche Studien führten nur von dem vom allein richtigen Wege der direkten Gesetzgebung ab.

Demag — Kittinghausen gehört in das Genre der Leute mit fixen Ideen — ein vorzüglicher Redner aber schlechter Philantrop, dem man lieber seine Schrüben nachsah. Mit dem Sozialistengesetz hörte jedoch dieser gemüthliche Zustand auf, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde naturgemäß zur Parteileitung, und an jedes einzelne Fraktionsmitglied traten Pflichten heran, von denen jeder und Jener sich viel mehr vorher nichts hätte träumen lassen. Wenn eine Armee gegen eine Lebermacht im Kampfe steht und von allen Seiten der Ansturm kommt, man vermindert den Unterschied zwischen Offizier und Soldat, der Offizier, und wäre er Feldmarschall, muß unter Umständen die Hände in die Hand nehmen und sich schlagen wie der gemeine Soldat. Diese Pflichten des Führers — das Wort mit demokratischer Einschränkung gebraucht — hat Kittinghausen nicht begriffen oder nicht nach seinem Besten abgefunden — er hielt sich fern von den außerparlamentarischen Kämpfen und Kämpfen der Partei, wollte sich der, jetzt zur Existenzfrage für uns gewordenen Kriegsdisciplin der Partei nicht hingeben, und machte so seinen weiteren Verbleib in der Fraktion und Parteileitung zu einer Unmöglichkeit.

Zu Kittinghausens Gunsten soll hinzugefügt werden, daß er den Besorgnissen der feindlichen Presse, ihm gewissermaßen als Kronzeugen gegen uns aufzuspielen, bisher entgegengetreten ist, und daß er sich bereit erklärt hat, tüchtige Darstellungen der feindlichen Presse zu demontieren und alles zu vermeiden, was unsere Feinde in den Stand setzen könnte, seinen Bruch mit der sozialdemokratischen Fraktion politisches Kapital zu schlagen.

Solange er diesem Entschlusse treu bleibt, werden wir von jeder weiteren Polemik absehen.

Gewiß ist es noch, daß Kittinghausen in seiner Reichstagsrede von „autoritärem Kommunismus“ (der in seinem Kopfe besteht) gesprochen hat, nicht aber von „Terrorismus“, wie verlogene Reporter ihm untergeschoben haben.

Die Staatsoberhäupter und andere Großen der Erde zweifeln selbst an dem Bestand ihrer Macht. Sonst würden sie nicht bei jeder Gelegenheit die vermeintliche Angst für ihre persönliche Sicherheit an den Tag legen. Das Bismarck nicht ohne einen Schwarm von Geheimpolitikern auszugehen mag, ja sogar in den Reichstag sich von seiner unsichtbaren Leibgarde begleitet läßt, ist männiglich bekannt; das, daß sein Herr, der „Feldengreis“, wachend und schlafend vom Attentatsgepenste verfolgt wird.

Was russischen Czaren weiß man, wie er in seinem eigenen Palast im Besonderen lebt, und bei jedem Geräusche zittert. Seit Jahren arbeiten die hohen Anstaltsleiter am Zustandekommen eines internationalen Vertrages gegen Attentate und Attentäter. Die beteiligten Verhandlungen haben jedoch bisher zu keinem Resultat geführt und werden wohl auch zu keinem führen, weil England, Frankreich, die Schweiz und die Vereinigten Staaten nicht zu haben sind. Dagegen können jetzt die beiden, am meisten vom Zitterfieber (dem politischen Strömung tremens) leidenden Regierungen; die deutsche und die russische, auf eigene Faust vorgehen zu wollen. Der berühmte russische Staatsrechtler und Staatsrechtslehrer Martens hat neuerdings eine Denkschrift zusammengearbeitet, welche darauf hinausläuft, „daß der Sozialismus, Kommunismus und Kommunismus und andere ähnliche Erscheinungen dem gemeinsamen Verbrechen gleichzustellen und Attentate auf geordnete Haupter als gemeine gegen das Leben und Vermögen einer Person gerichtete Verbrechen zu betrachten seien.“ Dieses Memorandum hat die Billigung des Czaren und des deutschen Kaisers erhalten, und auch Fürst Bismarck hat in der Reichstagsitzung des 9. Mai bereits seine Zustimmung zu erkennen gegeben.

Wozu: Der Sozialismus z. ein „gemeines Verbrechen“? Ob wohl Herr Bismarck'sche Sozialismus damit gemeint ist? Was den Wunsch betrifft, Attentate auf gekrönte Haupter als gemeine Verbrechen gegen Leben und Eigentum zu betrachten, so ist derselbe ja sehr natürlich, und nicht aber mit der Thatsache im Widerspruch, daß gekrönte Haupter eigenen Auffassung nach keine „gemeinen“ Personen sind und folglich auch dem gemeinen Recht nicht unterliegen.

Zu praktischen Resultaten wird übrigens auch dieser Versuch nicht führen.

Was auf die ewigen Freundschaftsbethörungen der verschiedenen Regierungen, auf „Kaiserhändnisse“ und ähnlichen Klagen zu geben ist, zeigt wieder einmal recht deutlich der Prozeß Rastawsky. Die „lieben Brüder“ bespionieren sich, daß es eine wahre Freundschaft ist. Besonders unser „erläuchteter“ Verbündeter im Osten, der russische Zar. Seine Barfüßigkeit für Deutschland geht sogar soweit, daß er sich die Pläne der Festung Neg ankaufte, natürlich blos um sich zu überzeugen, ob Deutschland auch gehörig vor Angriffen von Westen her geschützt ist.

„O, es geht nichts über gute Brüder!“

Wann werden die Römer nur einmal geschickt werden und diesem Schwimmbad, der ihnen Wohlstand, Freiheit, Alles kostet, ein Ende machen?

— Kaiserliche Berufsbüro. Trotz seines leidenden Zustandes läßt es sich der alte Wilhelm nicht nehmen, seinen hohen Pflichten mit wahrhaft ergreifender Berufstreue nachzukommen. Fürwahr, wenn es nicht bis zu Thränen rühren, wenn er in den Berliner Zeitungen vom 17. Mai folgende Nachricht liest:

„Dem Kaiser wurden nach eingeholter Erlaubnis seitens des Generalintendanten v. Hülsen vor einigen Tagen im Opernhaus die zu weiten Solotänzerinnen desigenen bis herigen Korymben: Sonnyth II, Wenzel, Stofmeister und Urbanska, sowie die für Korymben designierten Figurantinnen Kaselowsky und Betgre vorgestellt, und die Ernennung von dem Kaiser genehmigt.“

Diese Nachricht widerlegt nebenbei alle über den geistigen Zustand des kaiserlichen Hofes umherlaufenden Gerüchte. Solange derselbe noch für

Paraden, Ballets und Kirchenbesuch Interesse zeigt, darf jeder gute Deutsche überzeugt sein, daß sein Kaiser sich auf der vollen Höhe seiner Geisteskraft befindet.

Die „geistigen Waffen“ unserer Gegner. Eine Blüthenlese aus der Debatte über das Sozialistengesetz.

von Winnigerode: „Man sagt man prinzipiell: das Gesetz mag wirken, wie es will im Augenblicke, es ist an sich ein Konfession; man kann dergleichen nicht mit äußeren Mitteln bekämpfen, indem wir die öffentliche Diskussion beschranken; es ist ein geistiger Kampf, der ausgekämpft werden muß! Nach meiner Meinung ist das wiederum eine vollständige Verkennung der innersten Art und Weise der Agitation, wie die Sozialdemokratie sie getrieben hat und noch treibt. Der Terrorismus ist das eigentliche Kennzeichen, das der ganzen Bewegung aufgebrückt ist. Nur mit dem Terrorismus wird da gearbeitet, von einer freien Bewegung ist da überhaupt keine Rede.“

(Sehr wahr! rechts.)

Man terrorisiert die Leute in die Versammlungen hinein, man terrorisiert sie im gegenseitigen Verkehr, man terrorisiert sie in ihren Familien, und mit diesem Terrorismus werden die blinde Massen schließend zur Schlachtbank geführt.

(Sehr wahr! rechts.)

Wie kann man da von einem geistigen Kampfe sprechen? —

„Der Terrorismus erstreckt sich auf Alles, auf die Familie, auf das Berufsleben, auf die tägliche Gesellschaft, auf das Besammlungsleben, wie ich schon bemerkte. Wie würde man in jeder Form diese Personen anfeinden, ihnen nach Kräften zu Weibe gehen und sie schädigen, weil sie nach der Meinung der Sozialdemokraten ihre ruhmvollen Tugenden verlassen haben! Schon um dieser Personen willen — ich glaube ihre Zahl ist recht beträchtlich, wenn sie auf sich selbst nicht festhalten — ist es unsere Verpflichtung, durch Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes ihnen Schutz zu gewähren gegen den alten Terrorismus.“

Marquardsen: „Es hat namentlich, als die Erklärung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes für Leipzig von dem Kollegen Windthorst in der Kommission angefochten wurde, der Vertreter der sächsischen Regierung mit allem Grunde darauf hingewiesen, wie wirksam das Recht sei. Und ich muß dabei auch noch sagen, man vergißt häufig, daß solche Vollmachten auch schon dadurch wirken, daß sie im Gehege existieren, daß sie — wenn ich so sagen darf — in terrorom (durch den Schrecken!) die Ruhe erhalten, welche man für wünschenswert erachtet, und zu deren Zweck eine solche eventuelle Befugnis gegeben wurde.“

„Auf Grund der deutschen Preßgesetzgebung, an der ich ja theilweise mitgearbeitet habe und die ich ja in keiner Weise zu desavouieren der Meinung bin, ist es sehr leicht, eine Zeitung u. s. w. bei uns herauszugeben, und ich wünsche auch, daß es so bleibt; aber ich kann nicht verhehlen, daß, wenn Sie das Sozialistengesetz aufheben, die Sozialdemokraten von diesem Rechte einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen würden.“

„Es ist gar nicht lange her, da haben wir sowohl ein Fabrikant als wie ein Handwerksmeister aus meiner nächsten Umgebung, wo ich wohne, geschickt, was das für ein Zustand gewesen sei, ehe das Sozialistengesetz eingeführt wurde, daß damals abfolot von einem Herrlein in der eigenen Werkstatt gar keine Rede gewesen ist, und daß Ungehöriges, Unbotmäßigkeit, Ordnungswidrigkeit aller Art damals gewohret hätten. Nachdem das Gesetz erlassen worden ist, sagten übereinstimmend beide Männer, da hat man wieder aufgethmet, da sind wir wieder Herren in Hause geworden.“

Gräf von Behr-Behrendhoff: „Ja, meine Herren, die Prinzipien — wenn ich so sagen darf — der Sozialdemokratie treten der Masse ja auch gar nicht als solche gegenüber; die Arbeitermasse wird durch Erregung von Haß und Neid gegen andere Klassen der Gesellschaft aufgereizt, und es wird ihnen Wohlleben bei wenig Arbeit in Aussicht gestellt, sie wollen Theil nehmen an den materiellen Genüssen des Lebens. Um dies Ziel zu erreichen, werden sie sich nicht bei Besprechung von Ideen aufhalten, ja dies nicht recht begreifen, sondern sie werden, wenn die Zeit ihnen günstig erscheint, zur That schreiten, um ihre Wünsche in Erfüllung gehen zu sehen. Nun, meine Herren, wir würden uns doch mit gebundenen Händen diesen Bestrebungen hingeben, wenn wir nicht Alles, was in unserer Macht liegt, thäten, um dagegen aufzutreten.“

Bismarck: „Dann sagt der Herr Abgeordnete, ich hätte ausdrücklich anerkannt, daß Polizeigesetze die Attentate nicht verhindern könnten. Ja, auf Hinderung von Attentaten ist dieses Gesetz auch gar nicht berechnet, sondern auf Hinderung von Agitationen, welche die Leute zu Attentaten anreizen können.“

„Und, meine Herren, worauf ich auch einen entscheidenden Werth lege: es macht doch von vornherein einen wesentlichen Eindruck in der Arbeiterwelt, wenn es heißt: die von den betreffenden Personen, von den bestimmten Agitatoren angezettelte Versammlung ist von vornherein von Staats- und Reichswegen verboten worden. Das legt doch jedem Einzelnen die Frage wieder nahe: was wurde dort beabsichtigt? du wirst vielleicht, ohne etwas Böses zu denken und zu wollen, auch hingegangen. Nun legt sich die Staatsgewalt mit ihrer vollen Macht dagegen, verhindert die Versammlung und regt unter Umständen so ein Rath denken bei den an und für sich vielleicht unbesorgenen Arbeitern an, das sonst nicht rege gemacht worden wäre.“

„Das Verbot, was der Einzelne durch die Entfernung hat, kann für ihn und seine Familie ein schweres sein; es ist aber seine eigene Schuld, wenn er weiß, daß diese Gesetzgebung zur Sicherheit der Städte und des Landes besteht, daß er sich dann dennoch diesen Agitationen hingibt.“

„Deswegen gehöre ich zu denen, die ebenfalls der Ansicht sind, wie der Herr Staatsminister von Puttkamer neuerlich hier gesagt hat: dieser Paragraph ist der wirkliche Kern der ganzen Gesetzgebung, und diese Gesetzgebung ohne diese Bestimmung des kleinen Belagerungszustandes ist ein Messer ohne Klinge.“

Reichensperger (Dipe): „Ich sage endlich noch hinzu, daß es mir unzulässig erscheint, auf einmal wieder die bezeichnete Partei in die volle Gemeinfreiheit eintreten zu lassen, da sie sich selbst als den Todfeind dieser, auf der betreffenden Gemeinfreiheit beruhenden Staats- und Gesellschaftsordnung erklärt. Ich sage hinzu, daß ich auch um deswillen nicht will, weil ich in der That Sorge trage selbst für die Bevölkerung unserer katholischen Landestheile. Es ist zu unserem Stolz und zu unserer Freude eine Wahrheit, daß die Sozialdemokratie bisher aus jenen katholischen Landestheilen gewissermaßen gebannt war kraft des religiösen Geistes, der dort herrscht.“

„Ich kann und will nun nicht die Verantwortlichkeit übernehmen, daß jene Schaar sich auch über diese katholischen Landestheile ergiebt, denn ich weiß sehr wohl, daß die Herren geschickgenug sind, um die natürliche Antipathie, die gegen sie dort bestanden hat, allmählich zu überwinden. Sie haben es bereits bei den Versammlungen in Adm gezeigt, daß sie es zu würdigen wissen.“

Die besten Menschen von der Welt sind ohne Zweifel die deutschen Nationalliberalen. Man kann sie mit Fug und Recht nennen — sie vergehen Alles. So jubelten sie sofort Bismarck zu, als er ihnen gnädig seine Auktionssteifele um Klecken hinhielt, und so waren sie letzten Sonntag wieder vor Bismarck aus dem Häuschen, als Bismarck, der sie in der fatalsten Situation zeigte verrieth, auf's Neue ihre Führung hydrovolut annehmen gerühte. Es schied nicht viel, und sie hätten sich vor dem großen Rudolph platzt auf den Bauch gelegt.

Auch sonst herrschte auf ihrem Parteitag viel Lust und Freude. Haben sie doch eine neue Parole, hinter der sich jede Gefinnungslumperei verstecken kann: die großartige, von dem großen Kanzler inaugurierte Sozialreform! Eine schöne Phrase, eine vortheilhafte Phrase! rufen sie mit Shakespeares Friedendrücker. Da braucht's keine Grundsätze, kein Programm, da kann man, wie mit einer nationalen Phrase, sehr patriotische, sehr begeisterte Reden halten, hinter denen in Wahrheit nichts, auch abfolot nichts steht — wenn nicht wie gesagt, irgend eine Gefinnungslumperei.

Was es für ein herrliches Werk um die „Sozialreform“ ist, darüber siehe unsere Notiz: „Klassenkampf“.

— Klassenkampf. Der „Zentralverband deutscher Industrieller“, eine Organisation der Herren von „Schutz der nationalen Arbeit“, hat auf seiner vor Kurzem stattgehabten Generalversammlung sein Botum über das noch immer im Schoße der Reichstagskommission ruhende Unfallsversicherungsgesetz abgegeben. Die Duintestey desselben lautet kurz und bündig: Für uns, die Unternehmer, Rechte, aber keine

Pflichten; für die Arbeiter Pflichten aber keine Rechte. Die Herren verlangen Reichszuschuß, Beitragspflicht der Arbeiter, 13 wöchentliche Karenzzeit, Berufsgenossenschaften der Prinzipale, in denen einige ausgesuchte Arbeiter als dekorative Beigabe sitzen dürfen; sie verwarfen aber, und zwar mit der ihnen so schon stehenden moralischen Entrüstung die im Entwurf vorgesehene Bildung besonderer Arbeiterausschüsse und die denselben zugedachten Befugnisse, als „einen bedeutlichen Schritt der Lösung der Arbeiter von ihrem durch Gewohnheit, Sitte und Recht geschaffenen Beziehungen zu ihrem Arbeitgeber, welcher zur Abmilderung der Unfallsgefahr nicht beitragen wird und in hohem Maße der Kräftigung und Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gefährlich sein kann.“

Um diese sittliche Entfaltung voll und ganz würdigen zu können, muß man noch bedenken, daß der Entwurf zur Wahl der Arbeiterausschüsse nur den Orts- und Fabriklassen dieses Recht einräumt, nicht aber den freien Hilfsklassen. Aber jede Organisation der Arbeiter, die nur einen Hauch von Selbstständigkeit athmen könnte, widerspricht „der Gewohnheit, dem Recht und der Sitte der Unternehmer!“

Ihren eigenen Berufsgenossenschaften sollen natürlich alle möglichen Rechte zugestanden werden, nur auf eines verzichten sie hochherzig: auf das Recht, „in die inneren Verhältnisse der zu ihnen gehörenden Werke zum Behufe der Mitwirkung an der Erhaltung von Unfällen einzudringen.“ Dieses Recht könnte sich nämlich in eine sehr fatale Pflicht verwandeln und ist zudem ein Eingriff in die heiligen Eigentumsrechte.

Schließlich verlangen die Herren natürlich das Unfallsgeheim, mittels dessen sie ihre Mitglieder immer an der Leine haben.

Das nennen wir uns doch Wahrung der Klasseninteressen! Die Herren verstehen sich auf den Klassenkampf. Und wer wird daran zweifeln, daß eine so beachtenswerthe Stimme bei Beratung des Unfallsgeheim im Reichstage nicht gehörige Berücksichtigung finden wird? Sowie ich sicher, die Berufsgenossenschaften, die man beim Krankenversicherungsgesetz fallen ließ, weil es sich da um die Arbeiterorganisationen handelte, werden beim Unfallsgeheim mit allen Mitteln durchgedrückt werden, als ein vortreffliches Mittel zur Organisation der Unternehmer. Und ihnen wird man keinen Anebeiparagraphen anhängen.

Man sieht, die „Sozialreform“ macht sich sehr nett!

— Wenn Jemand eine Reise thut! Herr Stöcker, unser guter Freund, hat vor Kurzem eine Reise nach Süddeutschland gemacht — der Mann Gottes ist bekanntlich Bauernhofbesitzer im bayerischen Hochgebirge — und bei dieser Gelegenheit auch die Schweiz mit seiner Anwesenheit beehrt. Ueber diese Reise wußte er in einer Versammlung seiner Partei allerhand nette Dinge zu erzählen.

Zunächst die erfreuliche Nachricht, daß der liebe Hofprediger unter die Theiler gegangen. Auf seiner Wirkstätte, berichtete er, sind „die Lohnverhältnisse in christlich-sozialer Weise geordnet.“ Ein Knecht und eine Wirthschafterin führen dieselbe: „sie erhalten keinen bestimmten Lohn, sondern der Betrag wird zu drei Theilen getheilt, und der Besizer erhält ein Drittel des Ertrages.“

Wie nett! Wie christlich-sozial! Schade nur, daß Herr Stöcker keine näheren Details angegeben hat, es möchte sich vielleicht ergeben, daß es mit dem „Ertrag“ dieses Gutes, dessen Besizer das ganze Jahr abwesend ist und dessen Bewirthung eine Wirthschafterin und ein Knecht genügen, etwas windig aussieht — ganz abgesehen von der ökonomischen Kindererei dieser Art Lohnregulierung.

Aber nun zu dem, was Herr Stöcker in der Schweiz gesehen. „Die Schweizer“, erzählt er, „sagen von Bismarck, er sei ein bewundernswürdiger Mann, besonders darum, weil er in Allem Maß zu halten versteht, daß er beim Großen für's Kleine und umgekehrt ein so großes Verständnis habe. Bei den Schweizer radikalen Politikern finde man das nicht. Da ist in der Schweiz seit einigen Jahren der elfstündige Normalarbeitstag eingeführt und zwar gleichmäßig für die Gesamtindustrie der ganzen Schweiz. Man wird nicht sagen können, daß elf Stunden Arbeitszeit zu wenig seien, im Gegentheil, aber eben in der Reichheit für die Gesamtindustrie kann der Normalarbeitstag schädlich sein. Die Schweizer Industriellen sagen ganz allgemein, daß er schädlich sei. Darum sind wir auch nie für den gleichmäßigen Normalarbeitstag eingetreten, sondern plädierten für die Regelung des Normalarbeitstages nach Betrieben gesondert durch die Betriebsgenossenschaften.“

Die Schluß! Daß Niemand durch den elfstündigen Normalarbeitstag gehindert wird, kürzere Zeit — 11 Stunden sind ja „doch nicht zu wenig!“ — zu arbeiten, daß der Normalarbeitstag nur ein Maximumarbeitstag ist, verschweigt der gute Mann seinen Obliegen. Daß die Schweizer des christlich-sozialen Arbeiterfreundes keine Arbeiter, sondern christlich-fromme Ausbeuter sind, ist selbstverständlich, und in diesen Kreisen mag man denn auch den Mann des Sozialistengesetzes „bewundernswürdig“ finden.

Diese Gesellschaft würde glücklich sein, auch für die Schweiz die preussische Polizeimute einführen zu können, auch sie hält mehr vom Recht auf Arbeit“ — d. h. auf Ausbeutung als von dem Recht der Arbeiter, als vom Recht auf Ruhe. Daher die Jammerei über die Fabrikgesetzgebung, von der der „bewundernswürdige“ Bismarck auch nichts wissen will. So wird denn weiter geflagt:

„In der Schweiz hört die Schulpflicht der Kinder mit dem 13. Lebensjahre auf, aber erst mit dem 14. Lebensjahre dürfen sie mit leichter Industriearbeit beschäftigt werden, während sie anderswo schon von dem 12. Lebensjahre ab zeitweilig in solcher Weise beschäftigt werden dürfen.“

Um den ausdeutschen Herbesuch, der hier immer deutlicher sich zeigt, besser zu verstehen, wird hinterher die internationale Regelung dieser Frage nach „sittlichen Gesichtspunkten“ gefordert. Als es sich um die praktische Inbühnung dieser Regelung handelte, war der „bewundernswürdige“ Bismarck bekanntlich nicht zu Hause.

Weiter erzählt Herr Stöcker: Die verwerfliche Einwirkung des Radikalismus zeigt sich auch auf ökonomischem Gebiet. Eine Schweizer Stadt, die früher ca. 20 Millionen Vermögen hatte, ist durch den Wechsel der Gemeindevorstellung von rechts nach links in noch nicht 15 Jahren zu Millionen Schulden gekommen. Bezüglich, wie namentlich in Bern, sind die radikalen Epilypser als Schwundler entlarvt worden, doch hat's nicht viel geholfen, es ist schwer, den radikalen Bann zu durchbrechen.“

„Auch wie die Schlangen“ hat der wahrheitsliebende Mann diese Stadt nicht genannt, und so ist er davor geschützt, die „radikalen Schwundler“ nennen zu müssen. O, man ist nicht unkonst! Hofprediger!

Der Stolz jedes Preußen — und Herr Stöcker ist ja doch ein Aukstreppe — ist die Volksschule. Gewisse Kenner meinen freilich, daß hier der Ruf besser sei als die Sache; indess man „thut“ nun einmal so, als sei die Schule das Schoßkind in Preußen. Wie Herr Stöcker in Wahrheit über die Schule denkt, zeigt sein Urtheil über die Frage des eidgenössischen Erziehungssekretärs, der darüber machen sollte, daß die schweizerischen Schulen den Mindest-Anforderungen entsprechen.

„In der Schweiz“, sagt er, „besteht noch ein verschiedenartiges Volksschulwesen, der Radikalismus wollte einen eidgenössischen Schulvogt einsetzen, so leicht erkennbarem Zweck, das gefiel aber den Schweizern nicht, die christlich und konservativ gesinnten Elemente haben den Schulvogt bei der Volksabstimmung niedergestimmt. So kann die allgemeine Volksabstimmung auch manchmal zur Rettung aus Gefahren werden.“

Was „in Gefahr“ war, ist zwischen den Zeilen herauszulesen: die Herrschaft der Pfaffen.

In gleicher Weise plauderte der brave Stöcker noch eine ganze Weile fort, wir denken aber, das Angeführte mag für diesmal genügen.

Die Innungen in ihrem wahren Lichte. Die Schwärmer für Wiederherstellung der Innungen behaupten bekanntlich, daß dieselben lediglich die Interessen der ehrlichen Arbeit gegen die Ausbeutung derselben durch das wucherische Kapital, die Spekulation u. s. w. schützen. Wie wenig dies wahr ist, und wie vielmehr die Innungen nichts anderes sind, als Organisationen zur Unterdrückung der ehrlichen Arbeit und zum Schutz der Ausbeutung, das zeigt sich recht deutlich beim Streik der Zimmerer und Maurer in Leipzig. Dort gehen die Innungsmeister brüderlich Hand in Hand mit den Bauunternehmern, meist durch glückliche Spekulationen reich gewordenen Gesellen, d. h. mit denselben Leuten, welche sie ja angeblich vernichten, austrotten wollen — gegen die Arbeiter!

Und wie gehen sie dabei noch vor! Wir haben schon vor einigen Wochen gezeigt, wie dieselben Leute, welche stets den Patriotismus, den

## Korrespondenzen.

Schul der nationalen Arbeit im Munde führen, böhmische Arbeiter importiert haben, um mit Hilfe dieser die nationalen, die deutschen Arbeiter um so besser machen zu können. Und nun hören wir, wie die Herren diesen importierten Arbeitern gegenüber verfahren.

„Es ist kaum glaublich“, heißt es im Zirkular der streikenden Arbeiter, „mit welcher Aufmerksamkeit die Böhmern von den hiesigen Meistern behandelt werden. Früh werden sie von der Polizei auf die Arbeit geführt, den ganzen Tag von ihr beaufsichtigt und Abends wieder nach Hause begleitet. Wir durften keine Zigarren während der Arbeit rauchen, während die Böhmern Pfeife rauchen dürfen; uns wurde ausgerechnet, wann wir mit einer Arbeit fertig sein müssten, die Böhmern behelligt man damit gar nicht; den Böhmern verspricht man 20 Mk. pro Woche und mehr, während wir nur 19 Mk. 80 Pf. verlangen.“

Nun, hoffentlich wird den Herren all' das nicht nützen; auf jeden Fall aber haben die Arbeiter wieder einmal gesehen, was sie von den schönklingenden Phrasen der Jünger zu halten haben.

† G. Friedr. Kolb. In unserer Zeit der allgemeinen Charakterlosigkeit ziemt es sich wohl, einem Manne auch im „Sozialdemokrat“ einige Worte zu widmen, der, wenn er auch nicht gerade zu unserer Partei gehörte, doch stets die Fahne der Demokratie hochgehalten, der unerschütterlich für seine Ueberzeugung eingetreten ist und ohne Rücksicht auf Gunst und Befehl der tonangebenden Kreise rücksichtslos die Resultate seiner wissenschaftlichen Untersuchungen dem Volke mitgeteilt. G. Fr. Kolb, der am 15. Mai im 76. Lebensjahre einem Schlaganfall erlag, war als Geschichtsschreiber im Repräsentant des vorgeschrittensten bürgerlichen Liberalismus, für dessen politische Grundgedanken er auch im öffentlichen Leben eintrat. In wirtschaftlicher Beziehung hatten ihn seine statistischen Untersuchungen zu deutlich die Schwächen unserer kapitalistischen Gesellschaft durchschauen lassen, als daß er in ihr den Gipfel der gesellschaftlichen Entwicklung hätte erblicken können. Gehörte er somit nicht zu uns, so war er doch auch keineswegs ein Feind unserer Bestrebungen.

Jedenfalls hat er sich durch seine wissenschaftlichen Arbeiten Anspruch auf ein ehrenvolles Andenken auch der Sozialdemokratie erworben.

— Ausweisungen. Kaum ist das Sozialistengesetz verlängert, so beginnen auch wiederum die Ausweisungen — trotz Herrn Reichensperger. Aus Berlin sind in den letzten Tagen drei Ausweisungen erfolgt; die Klempner Lücke und Kunow sind wegen ihrer energischen Tätigkeit in der Berliner Metallarbeiterbewegung mit den famosen Ausweisungsbefehlen bedacht worden, denn — das Gesetz ist nicht gegen die Arbeiter gerichtet! Das haben auch diese begriffen, und am 18. Mai in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung den Ausgewiesenen Lücke, der Tags darauf Berlin verlassen mußte, unter säkramentlichem Beifall zum ersten Vorposten genahmt.

Ferner wurde unser Genosse W. Kötterer, Bildhauer, aus Berlin ausgewiesen, weil er — nun weil er früher ein thätiges Mitglied unserer Partei gewesen und seiner Ueberzeugung treu geblieben.

So wirkt man „in terrore“, um mit Herrn Marquardsen zu reden.

Ebenfalls von großer Lokalität zeugt das am 19. Mai erfolgte Verbot der „Süddeutschen Post“ wegen eines Artikels über, und zwar für das „Recht auf Arbeit“ und „ihrer allgemeinen Tendenz“. Die Tendenz der „Süddeutschen Post“ nun war die Wahrung der Arbeiterinteressen auf gesellschaftlichem Boden, sie war gewissermaßen ein Organ der gesellschaftlichen, der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Aber die „guten Freunde der Arbeiter“ wollen ebenfalls eine gesellschaftliche, wie eine ungesellschaftliche, sie wollen gar keine Arbeiterbewegung. Das ist die Logik des Verbotes und die Veranlasser desselben können überzeugt sein, daß man das in Arbeiterkreisen begreift und sich barnach zu richten weiß.

— Reichstagskandidaturen. Erfurt: W. H. Haenckeler, R. Randow, G. Weisenhagen; Haararbeiter Prieß, Ausgewiesener aus Berlin. — Stuttgart: F. L. Döbner, Schriftleiter (Doktor H. Dull hat seine Kandidatur zurückgegeben).

— Oesterreich. Demokratische Dhrseigen. Man schreibt uns aus Wien: „Gestern den 14. Mai fand hier eine Gerichtsverhandlung statt, die für die Arbeiterzustände in Oesterreich höchst bezeichnend ist. Es war der Ehrenbeleidigungsprozeß des „demokratischen“, auf der äußersten Linken stehenden Reichsratsabgeordneten Wiesenburg gegen den „Kaiser“. Schon bei der Arbeiterenquete im vorigen Jahre war die Reichsratsabgeordnete, die in der Fabrik des genannten Abgeordneten herrscht, aufgedeckt worden. Die Antwort des „demokratischen“, Herrn von Wiesenburg befand darin, daß er keinen Einfluß ausübe, den — nicht in seiner Fabrik beschäftigten — Arbeiter, der das Material geliefert, aus seiner Stellung zu verjagen und droßlos zu machen, was ihm auch gelang.“

Herr Wiesenburg ist, wie gesagt, ein oppositioneller „Liberal“, und deshalb wurde begreiflicherweise sein Vorgehen nicht nur von der Arbeiterpresse Oesterreichs gebührend markiert, sondern auch von den Sozialdemagogen der rechten Seite des Reichsrats ausgedeutet, um gegen die Liberalen und für die Regierung Propaganda zu machen. Das Paß schlug sich wieder einmal.

Zu denen, die am meisten auf Herrn Wiesenburg losschlugen, gehörte auch das Wiener „Wif“, das, der „Kaiser“, eines unserer geist- und charakterlosesten Blätter, das, für die unteren Volksklassen berechnet, einer der Hauptvertreter der hiesigen antisemitischen kaiserlich-königlichen sozialdemokratischen Sozialdemagogie ist. Besagter „Kaiser“ trat dem edlen Herrn Wiesenburg etwas unanständig auf die Hüften, und wurde daher von diesem wegen „Ehrenbeleidigung“ belangt. Die Vorgeschichte des Prozesses.

Dieser selbst bildete eine eklatante moralische Verurteilung des liberalen Herrn Wiesenburg. Die schändlichsten Zustände kamen an's Tageslicht: Schwangere Frauen mussten in einem Stabliement bis zur Entbindung arbeiten; der Wochensohn einer Arbeiterin betrug einmal in Folge von Mühen wegen schlechter Arbeit, die eine Folge schlechten Materials ist, zwei Kreuzer!

Die Arbeitsräume sind so feucht und ungesund, daß die Arbeiter nach kurzer Zeit erkranken. Diese Daten lieferten eine treffliche Illustration zu den hochtrabenden Phrasereien mit „Humanität“ und den vortrefflichen „humanitären Einrichtungen“, die Herr Wiesenburg bei der Enquete und während des Prozesses zum Besten gab.

Den Vogel schloß der Fabrikdirektor Wiesenburgs, Herr Renzel ab, ein Mann, welcher durch die vielen Widersprüche, in die er sich verwickelte, darthut, daß es ihm auf ein paar Lagen mehr oder weniger zu Gunsten des Fabrikanten nicht ankomme. Um so bemerkenswerther sind einige seiner Anmerkungen, von denen wir nur eine hervorheben wollen. Der Gerichtspräsident fragte ihn: „Sind Mißhandlungen in der Fabrik vorgekommen?“

Renzel: „Es geht oft nicht anders, als daß mit einer Dhrseige nachgeholfen werden muß.“

Präsident: „Wegen eines Verführers wurden hier besondere Beschwerden vorgebracht.“

Renzel: „Er ist eben etwas reich (schneidig).“

Das genügt. Dhrseigen gehören in der Fabrik des Herrn Wiesenburg so sehr zu den allwissenden Vorkommnissen, daß der Fabrikdirektor, der alles Angünstige frischweg abkneipet, die Dhrseigen zugeht als etwas, was ihm ganz selbstverständlich erscheint.

Bezeichnet das nicht deutlich die Lage der Arbeiter in Oesterreich? Fabrikarbeiter, denen man ungestraft Dhrseigen bieten kann, auf der einen Seite, und „Demokraten“, die mit Dhrseigen regieren, auf der anderen: das ist der richtige Boden für den Anarchismus.

— Sozialistische Presse und Literatur. In Antwerpen erschien auf Grund des Beschlusses des am Oftern stattgehabten Kongresses unserer belgischen Genossen nach langer Unterbrechung von dieser Woche an wiederum: „Der Werker“. Wir wünschen ihm besten Erfolg!

\*) Auf deutsch „Schuß Abschredung“. Sehr neu und vor allen Dingen wissenschaftlich.

— Schleswig-Holstein. Am 2. Osterfeiertag hatten die Genossen aus dem 2., 3. und 7. Reichstagswahlkreis eine vertrauliche Zusammenkunft zum Zwecke der Wahlagitatio und Aufstellung der Reichstagskandidaten für die nächste Reichstagswahl einberufen. Für den 7. Wahlkreis wurde Gen. St. Veinzel aus Kiel als Kandidat der Arbeiterpartei proklamirt; im 2. und 3. Wahlkreis werden, um den Beschluß des Kongresses auszuführen, dort ansässige Genossen kandidieren, und zwar wird im 3. Wahlkreis Gen. Schlichting, Schleswig, als Kandidat der Arbeiterpartei aufgestellt, dagegen wird im 2. Wahlkreis der aufzustellende Kandidat von den dortigen Genossen noch näher zu bestimmen sein.

In Bezug auf den Wahlkampf ist man allerseits guter Hoffnung, da das berichtigte Verfallmündigkeitsgesetz vom 21. Oktober 1878 einen gründlichen Reinigungsprozeß unter den Genossen zur Folge gehabt hat, und die Genossen, welche unter der Schreckenszeit der Sozialdemokratie treu geblieben sind und für das Banner „Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit“ neue Truppen geworben haben, es sind, welche aus Ueberzeugung mit doppelter Kraft in den Wahlkampf ziehen, um so im Sturm noch näher zu bestimmen sein.

Im 7. Wahlkreis wird es wieder heisse Kämpfe geben. Die dortigen Genossen haben seit dem 2. August 1883 (Stichwahltag) unermüdet gearbeitet, in der guten Hoffnung, eine reiche Ernte einzuharsten, und endlich einen würdigen Vertreter der Arbeiterpartei in den Reichstag zu senden, denn nur ein solcher ist berechtigt, den 7. Wahlkreis zu vertreten.

Wäre man in der Wahlagitatio gleiches Recht für Jedermann gelten lassen, so wäre der Sieg längst der unsrige; um so sicherer können wir darauf gefaßt sein, daß unsere Segner wiederum Alles aufbieten werden, unsern Sieg zu verhindern, und im Notfall Alles, was Recht heißt, mit Füßen treten. Die liberale Sippe mit ihrem Hahn gerührt hier als Alleinherrscher, und Alles was ihnen entgegentritt, „ob konservativ oder sozialistisch“, wird niedergeschrien. Ein ordentliches Brechmittel, die hiesigen Liberalen! Doch sollen sie diesmal die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht haben, und bis dahin abe, Herr Hanel sammt liberalem Gefolge.

Bei der Wahl ein fröhliches Wiedersehen! Ihr nun, Genossen in Kiel, Rummelsbüttel, Preetz und Rendsburg, auf den Posten! Unsere Parole lautet: Vorwärts!

— abs —

Erfurt, 11. Mai. Vor mehreren Wochen erstattete hier in einer von ungefähr 600 Menschen besuchten Versammlung der Reichstagsabgeordnete für Erfurt, Professor Stengel, Bericht über „seine Tätigkeit“ im Reichstage. In zweifelhäufiger Rede sprach der „freisinnige“ Herr des Langen und Breiten über Alles, was einem Bourgeois gefällt, berührte aber den Brennpunkt der jetzigen Lage, die Sozialreform, sehr oberflächlich, während es an einem Seitenhieb auf uns natürlich nicht fehlte. Zum Schluss gedachte der Professor gerührt des Nationalmonarchen, zu dem Herr Stengel die Liebe mit der Ritterschuld eingetaucht hat (seine eigenen Worte!).

Nach dem Vortrage trat ein hiesiger Arbeiter auf, welcher in Folge Stengels Angriff in Kürze klar legte, daß die Sozialdemokraten eine Gesellschaftsordnung wollten, in welcher das Elend nicht mehr existire u. s. w., und Herr Stengel, welcher das Elend den heute herrschenden Uebelständen abzuhelfen gedente. Schließlich fragte er noch, ob Herr Stengel für oder gegen das Ausnahmengesetz stimmen werde.

In Bezug auf den ersten Punkt antwortete Stengel, das hiesige Elend sei nicht auf die Gesellschaftsordnung, sondern auf die gesellschaftlichen Zustände zurückzuführen, der Vorkredner verwechselte beide Gegenstände mit einander; über diesen Punkt könnten sie beide tagelang disputieren und würden doch nicht einig werden. — (Auch eine Antwort!)

Auf die Frage wegen des Sozialistengesetzes antwortete er, er behalte sich seine Stimmabgabe (ob für oder wider) vor und erklärte sich jetzt nicht darüber, weil er sich nicht binden wolle.

Am 23. April hatten wir eine stark besuchte Versammlung, und es war uns gelungen, dazu den größten Saal hier am Ort zu bekommen. In dieser Versammlung hielt Genosse Grillenberger (welcher öffentlich als Referent angegeben war) einen glänzenden 1 1/2 stündigen Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz. Auf den Vortrag selbst einzugehen, ist wohl überflüssig, ich will nur bemerken, daß die ca. 1200 Anwesenden fast attentlos dem Vortrag lauschten und Grillenberger nur durch den häufigen lebhaften und ungeheilten Beifall der Zuhörer unterbrochen wurde.

Zum Schluss wurde eine Resolution einstimmig angenommen, laut welcher die Versammlung sich mit den Ausführungen Grillenbergers vollständig einverstanden erklärte und nur die Wahl von Arbeiterkandidaten bei der nächsten Reichstagswahl empfahl. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich keiner der anwesenden Gegner zu Wort.

Zur Charakterisierung weiterer hiesigen Presse sei bemerkt, daß weder die „Liberalen“, „Thüringer Zeitung“, noch der „unparteiische“, „Allgemeine Anzeiger“ die Versammlung und den Vortrag auch nur mit einem Wort erwähnt haben, trotz Einbindung des Materials. Die konservativen „Thüringer Post“, welche freilich keinen großen Leserkreis hat, brachte einen kurzen Bericht.

— München, 16. Mai. Am letzten Sonnabend führten die Volkspartei eine Komödie auf. Sie hielten eine Versammlung ab, in der ein labor Referent in leichtester Weise die herrliche Entdeckung machte, daß der Normalarbeitstag von den Wasserdemokraten in Nacht genommen sei. Ein Sozialdemokrat wusch ihm gründlich den Kopf, zeigte ihm, daß er aus einer Unrichtigkeit in die andere gerathen, entwickelte die politisch-wirtschaftliche Bedeutung des Normalarbeitstages und proklamirte unter entzücktem Jubel des Genossen Bollmar Kandidatur für München I und II.

Nach der Versammlung erfuhren wir die schwache Abstimmung im Reichstage. Am andern Morgen, als die Teilnehmer des „Veteranenfestes“ zu Tausenden herbeiströmten, fanden sie vor ihrem Zolch, dem Kolosseum, in der Hauptverkehrsstraße von den Triumpfbögen die deutschen und bayerischen Knechtschaftsflaggen herabgerissen. An ihrer Stelle prangte das rothe Banner mit der Aufschrift: „Hoch die Sozialdemokratie!“ An der Rückseite des Kolosseum hing noch eine rothe Fahne, o Schrei, mit der Devise: „Nieder der Massenmord!“ Unsere Embleme hingen, trotz verzweifelter Anstrengungen der Feuerwehler und Polizei, bis 6 Uhr. Tausende hatten sie gesehen!

Daß es unsere prompte Antwort auf die Verlängerung des infamen Sozialistengesetzes war, hat man hier wohl verstanden, und selbst die Bourgeoispresse hat die Bedeutung dieses Aktes zugegeben müssen. Das ist der Anfang. Fortsetzung folgt. Bogenschütze.

— Aus Holland. Parmerend, 12. Mai. Der „Sozialdemokrat“ enthält eine Mittheilung aus Holland, daß unsere Agitation erfreuliche Fortschritte macht, was ich hiermit auch bestätigen möchte. Nachfolgend beweist, wie sehr die Bourgeois in ihrem blinden Eifer es sich angelegen sein läßt, unsere Propaganda zu fördern.

Zu Amstern in Nordholland fand am 11. Mai eine große Volksversammlung statt, zu der unser Parteiführer, Herr F. Domela Nieuwenhuis eingeladen war, um über die von ihm erstreckte Reorganisation der Gesellschaft zu sprechen, sowie nachzuweisen, warum denn eigentlich unsere heutige Gesellschaft so sehr leide, daß es wünschenswert sei, Reformen vorzunehmen, und weshalb der Bestand, sowie die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei zu rechtfertigen sind. Als Vertreter der Bourgeoisie hatte es ein Advokat, Herr Cohen Stuart (ein bekannter Völschwärmer) übernommen, der Sozialdemokratie „den Kopf einzuwickeln“. Daß der Disputation mit Interesse entgegengesetzt wurde, bewies der überaus gefüllte Saal. Es war festgesetzt, daß jeder Redner eine Stunde sprechen sollte.

Unser Parteigenosse sprach zuerst und zwar in klarer verständlicher Weise. Er setzte auseinander, wie der Sozialismus entstanden, sich entwickelt, und wie nur die Sozialdemokratie einzig und allein berufen ist, der menschlichen Gesellschaft Rettung zu bringen, um dem sogenannten vierten Stande zu seinem Rechte verhelfen; wie nur durch ihre Forderungen allein dem Arbeiterstand eine menschenwürdige Existenz gesichert werde; daß man sich keiner Hoffnung hingebend, die Herren von „oben“ würden etwas Nationales schaffen, dem großen Elend zu begegnen, denn

dieses seien viel zu eigennützig, um durchgreifende Maßregeln zu fassen, und der heranrühenden Revolution zuvorzukommen. Die Bourgeois seien fast überall mit Blindheit geschlagen, und wo nicht, beisse es: „Unsere Zeit hält's noch aus, nach uns die Sündfluth!“ Der Ablauf einer halben Stunde — die Zeit war zu kurz, um in Detail eingehen zu können, jedoch fanden die Auseinandersetzungen großen Fall — bekam Herr Cohen Stuart das Wort.

Wie es nun einmal Advokatenmanier ist, Worte zu verdrehen, ließ es auch unser Gesellschaftsreferent an advokatischen Akrobatenkünsten und Verdrehungen nicht fehlen, und legte sich darauf, das von Nieuwenhuis Gesagte ins Lächerliche zu ziehen. Er und seine Bourgeoisfreunde hatten deshalb die größte Freude, als einige Pfadfindler in Lachen brachen. Auch bediente sich der sehr „gebildete“ Herr einer Sprache die selbst seinen Bekannungsgeoffenen nicht gefallen konnte.

Nachdem der Advokat mit vielen Worten „Nichts“ gesagt, bekam Nieuwenhuis wieder das Wort.

Unter Freundem bemerkte zuerst, daß er selbst sich sehr gemeiner Sprüche zu bedienen pflege, jedoch einiges gebrauchen dürfe, um dem Redner zu antworten. Er schlug nun den Bourgeoisreferent mit eigenen Ausdrücken ins Gesicht, so überzeugend, daß die Bravo's Ende nehmen zu wollen schienen, und brachte noch so viele neue Beispiele, daß selbst dem Advokaten warm wurde.

Nachdem unser Genosse beendet, brach ein solcher Beifallssturm nach Minuten vergangen, ehe die Rede wieder eintrat. Auf's Neue griff Herr Stuart das Wort, wiederholte Vieles aus seiner ersten Rede und suchte wieder die Sache ins Possenhafte zu ziehen. Jedoch er auch damit Schiffbruch; selbst seine Anhänger und Freunde blieben die letzten entfernten sich bei Zeiten, um nicht Zeuge seiner Niedertracht zu sein.

Als nun alle seine Advokatenkünste vergeblich geblieben, wurde Herr Döbe, sehr böse, so daß er in seiner Bosheit zu persönlichen Fällungen keine Zuflucht nahm und andröhnte, daß sozialistische Bücher Broschüren unter pseudonymen Namen herausgegeben werden, die vermeintlicher Verfasser Nieuwenhuis sei, das sei unästhetisch und chaotisch und dergleichen Unsinn mehr. Das erregte schließlich Alles es wurden Rufe laut: „Bei der Sache bleiben!“ Auch postierte es Herrn sicher zum ersten Male, daß er ausgepöflet wurde. Mit Rufe: „Die Sozialdemokraten wollen die Revolution!“ schloß der seine Rede.

Ich kann sagen, daß wir dem Herrn für seinen Eifer sehr dankbar sind, denn er hat viel mitgewirkt, Schläfer aufzurütteln, was sich natürlich durch den enormen Verkauf von Broschüren erwies, sowie die zahlreiche Abonnements auf unser Parteorgan „Recht voor Allen!“

Excellido

## Briefkasten

der Expedition: Briefe: Fr. 21. 55 Mk. 1. u. 2. Cu. (S. K.) sowie Schft. erh. — Schmitz Windbraut: R. 25. — à Cto. W. erh. Weiteres beachtet. — Stoffel: R. 29,40 à Cto. W. erh. — S. R. 43. — Ab. Ray u. Schft. erh. Billig. folgt. Abdr. 10. notirt. Kother Neuauflage S. R. 15. — Ab. 2 Cu. u. Schft. erh. Bbl. Preis folgt, sobald Neuaufgabe fertig. — Gumpert: R. 81,40 Ab. 2. 10. erh. Gdrang. gutgedr. Abdr. geordnet. Billig. folgt. Bf. am 1. Weiteres. — Feuerländer: R. 50. — à Cto. W. erh. Erfragtes B. — H. Kad. London: Fr. 126. — (S. Bf. St.) à Cto. W. erh. gut. Weiteres notirt. — Kother v. d. Gera: R. 22,20 Ab. Febr. Abdr. geordnet. Hoffen u. Bf. v. 16/5. Alles wohl. — Dhe. Fr. 7,40 Ab. 2 Cu. u. erh. — G. S. Rom: R. 5. — Ab. 2. Fr. 7,40 Ab. 2 Cu. R. 3,10 Ab. 2 Cu. R. erh. — R. Ka. Fr. 20,50 Ab. 84 u. Schft. erh. Weiteres erledigt. — Rebus: R. 1. Ab. Jan. u. Febr. erh. Abdr. geordnet. Abgl. fort. — Karl Fr. 20,70 à Cto. W. Ab. 2 Cu. erh. R. 14,70 Gdrang. gutgedr. vorgez. Bf. Weiteres. — G. 2. Dr.: R. 3. — f. Schft. erh. Bf. folgt. — S. R. 3. — Ab. 2 Cu. erh. — Hauptred.: R. 3. à Cto. W. 1. u. 2. Cu. u. R. 33,60 pr. Gdrang. gutgedr. Bf. befolgt. Bf. Weiteres.

## Anzeigen.

Bringe hiermit mein reichhaltiges Lager sozialistischer sowie wissenschaftlicher Schriften und Zeitungen — in deutscher und englischer Sprache — in empfehlender Erinnerung. Photographien von Marx, Lassalle u. s. w. in verschiedener Größen stets auf Lager. Bestellungen werden für In- und Ausland prompt besorgt.

John Heinrichs,

2 40 Remyort 175 Orchard Street Remyort

## Sozialistische Arbeiterpartei. Sektion Philadelphia.

Unser Auskunfts-bureau befindet sich: 1,25 Callowhill Street 325 in F. W. Frey'sche's Lokal.

## Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Sektion New-York.

Sitzung des Centralcomites jeden Dienstag Abends 8 in Lincoln Hall, Ede Allen und Houston Street. Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres „New-Yorker Volkzeitung“.

Sein beaffortirtes Lager sämmtlicher bekannter deutscher und englischer sozialdemokratischer Schriften empfiehlt zum Verkauf [1.00] Hermann Rische, 548, 9. Nov. New-York City

Zürich Samstag, 24. Mai, Abends 8 Uhr, im Refektorium Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten. Tagesordnung: Das Recht auf Arbeit. Referent: Bürger Kaunisth. Jedermann ist eingeladen. Der Lokalausschuss

Schweizerischer Genossenschaftsdruckerei Dillingen-Druck.